

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementspreis mit Post. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 50 Reichspf. Einzelverkaufspreis 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Telefon: 25 351-53

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile ober dem Raum 30 Reichspfennige. — — Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Reichspfennige. — — Namen 100 Reichspfennige

Verkaufsstelle: Johannisstraße 40

Telefon: 25 351-53



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 269

Donnerstag, 17. November 1927

34. Jahrgang

Trotki und Sinowjew ausgeschlossen

Trotki und seine Freunde endgültig aus der Kommunistischen Partei Rußlands ausgeschlossen

Moskau, 15. November.

Heute wurde ein Beschluß der Zentralkontrollkommission und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion veröffentlicht, wonach Kamenev, Rakowski, Smilga, Jewdokimow und Udwejew aus dem Zentralkomitee und Muratow, Wakajew, Schlowst, Peterson, Solowjew und Wisdin aus der Zentralkontrollkommission ausgeschlossen werden. Ferner werden die Genannten von leitenden Posten in der Partei und in den Sowjetorganen entfernt und gleichzeitig ebenso wie Kadel gewarnt, daß die Frage der Vereinbarkeit ihrer fraktionellen Tätigkeit mit ihrem weiteren Verbleiben in den Reihen der Partei dem 15. Parteikongress zur Prüfung unterbreitet werden wird.

Trotki und Sinowjew werden dem Beschluß gemäß aus der Partei ausgeschlossen als Hauptführer der gesamten parteifeindlichen Tätigkeit, die offensichtlich in Sowjetrußland übergeht und die Diktatur des Proletariats untergrabe.

Der Beschluß weist darauf hin, daß Trotki und Sinowjew die ihnen gestellte entschiedene Forderung, unverzüglich die Organisation illegaler parteifeindlicher Versammlungen einzustellen und die Verlegung innerparteilicher Diskussionen nach außerhalb der Partei aufzugeben, mit demonstrativem Verlassen der Sitzung des Präsidiums der Zentralkontrollkommission beantwortet und nach einigen Stunden eine schriftliche Antwort vom 11. November gelangt hätten, in der dem Wesen nach diese Forderung abgelehnt wurde.

Ferner betont der Beschluß, daß, obwohl den Oppositionsführern in der vor dem Zusammentritt des Kongresses eröffneten Diskussion die volle Möglichkeit geboten war, sowohl in der Presse als auch innerhalb der Parteiorganisation ihre Anschauungen zu verfechten, weder Trotki noch Sinowjew es für nötig erachteten, hervorzutreten, sondern forschten, illegale Versammlungen ohne Teilnahme von Vertretern der Partei zu veranstalten, sowie in öffentlichen Versammlungen Neben gegen die kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die Sowjetmacht zu halten.

Der Beschluß führt eine Reihe von Tatsachen über die parteifeindliche Tätigkeit der Opposition an und erinnert u. a. daran, daß am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution die Oppositionsführer, anstatt auf die gemeinsame Tribüne am

Leninmausoleum zu kommen, um die Demonstranten zu beglücken, versuchten, Straßendemonstrationen gegen die Partei zu organisieren. Ferner hätten sie parteifeindliche Flugblätter ausgestreut und ausgehängt, an der Partei und der Sowjetmacht fremd gegenüberstehende Elemente appelliert, Räumlichkeiten besetzt, wobei sie den Sowjetkommandanten ablösten und eine bewaffnete Wache aufstellten, wodurch sie den Namen der Rechtsnormen der Sowjets überschritten hätten und offen zum Sprachrohr eines Regimes von der proletarischen Diktatur feindselig gegenüberstehenden Kräften geworden seien.

Andere folgen!

Riga, 15. November (Eig. Bericht).

Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei hat am Dienstag den inzwischen erfolgten Ausschluß von Trotki und Sinowjew aus der kommunistischen Partei Rußlands zur Veröffentlichung freigegeben. Die russische kommunistische Presse begrüßt diesen Ausschluß und erwägt, daß ihm weitere ähnliche Maßnahmen gegen andere in der Opposition befindliche Kommunisten folgen werden. Es handelt sich dabei um weitere 12 prominente Mitglieder der Opposition, die nach den bisherigen Beschlüssen des Zentralkomitees zunächst ihre Ämter in der Partei verlieren. Darunter befinden sich u. a. Kadel, Kamenev und Rakowski. Außerdem wird mitgeteilt, daß der Volkskommissar für Post- und Telegraphenwesen sein Amt niederlegen muß, da er der Preisgabe von Staatsgeheimnissen angeklagt ist. Die Beschuldigungen bestehen nach den hier vorliegenden Mitteilungen hauptsächlich in Angaben gegenüber der Opposition, mit der Sinowjew seit Monaten sympathisiert haben soll.

Der Ausschluß von Sinowjew und Trotki ist in erster Linie auf Stalin zurückzuführen, der damit vor allem die Geschlossenheit der kommunistischen Partei Rußlands retten wollte. Vorerst ist es aber zweifelhaft, ob der erstrebte Zweck erreicht wird; denn wie zuverlässig verlautet, sollen innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands bereits jetzt drei Richtungen vorherrschen. Es handelt sich dabei um die Rechtsgruppe, an deren Spitze Kalinin und Rykow stehen, um das Zentrum, das von den maßgebenden Parteisekretären der kommunistischen Partei geführt wird, und um die Opposition, die man jetzt mit allen Mitteln mundtot zu machen versucht.

November als den Beginn der Reichstagsarbeit festzuhalten. Graf Westarp zog daraufhin seinen Vorschlag zurück.

Die Angst des Bürgerblocks vor dem Reichstag wächst im selben Verhältnis wie seine Angst vor den kommenden Wahlen. Die politische Stellung des Bürgerblocks ist auf das schwerste erschüttert, innere Unsicherheit und schlechtes Gewissen lassen ihn die Auseinandersetzung im Reichstag scheuen. Auf die Frage: „Wo ist euer Mandat vom Volke“ hat der Bürgerblock keine Antwort!

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu

13 000 Unterstüßte mehr innerhalb von 14 Tagen

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. bis zum 31. Oktober d. J. — zum ersten Male seit Februar d. J. — sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenunterstützung wieder in geringem Umfang gesiegen und zwar in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 gleich 3,1 Prozent und in der Krisenunterstützung um rund 3000 gleich 2,7 Prozent. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat also um 13 000 gleich 2,9 Prozent zugenommen.

Die Zunahme ist nach Auffassung der amtlichen Stellen zu einem nicht unerheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß Arbeitslose, die bisher bei Koststandsarbeiten beschäftigt waren, wieder in die unterstützende Fürsorge aufgenommen worden sind, weil die Koststandsarbeiten der Jahreszeit entsprechend eingeschränkt wurden. Im übrigen ist die Steigerung in der Hauptsache auf die Entlassung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen, baugewerblichen und anderen Saisonbetrieben zurückzuführen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 31. Oktober d. J. rund 340 000 (männlich 274 000, weiblich 66 000) gegenüber 330 000 (männlich 265 000, weiblich 69 000) am 1. Oktober d. J. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung betrug am 31. Oktober d. J. rund 116 000 (männlich 93 000, weiblich 23 000) gegenüber 113 000 (männlich 90 000, weiblich 23 000) am 15. Oktober d. J.

Was wird werden?

Es gibt unter denen, die sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, kaum noch jemanden, der glaubt, daß der gegenwärtige Reichstag sein natürliches Ende findet; d. h. daß die Neuwahlen bis zum Dezember des nächsten Jahres hinausgeschoben werden. Alle Welt rechnet mit einem früheren Termin, und zu aller Welt gehören auch die Regierungsparteien selbst.

Nun ist es aber falsch, Tag für Tag Gerüchte in Umlauf zu bringen über einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Koalition, dem die Auflösung des Parlaments auf den Füßen folgen müsse. Gewiß sind im Bürgerblock Meinungsverschiedenheiten über eine ganze Reihe von Fragen vorhanden, aber man soll nicht jede Meinungsverschiedenheit zu einer akuten Krise aufbauen. Wo Konflikte sind, da sind auch Kompromißmöglichkeiten, und man wird den Weg der Verständigung um so bereitwilliger beschreiten, als man sich mit Recht davor fürchtet, mit dem Bekenntnis vor die Wählerschaft zu treten, daß die Regierung der Rechten an positiven Resultaten in jedem Sinne doch nur sehr wenig aufzuweisen habe. Eine solche Bankrotterklärung würde die Stellung der Gegner nur noch mehr stärken.

So ist vor allem anzunehmen, daß man auch über die Schulvorlage zu einer Einigung gelangen wird. Zu einer Einigung, die niemanden der Beteiligten wirklich freut, die ihnen aber doch ermöglicht, auf einen gewissen Erfolg ihrer gemeinsamen Arbeit hinzuweisen. Die leitenden Instanzen der Deutschen Volkspartei, die binnen kurzem zusammentreten, werden aller Wahrscheinlichkeit nach — vielleicht gegen den Widerspruch einer Minderheit — zu Vorschlägen gelangen, die eine Brücke zwischen den grundsätzlichen Forderungen des Zentrums und dem Standpunkt des sogenannten Kulturliberalismus darstellen. Sie werden dabei nicht zuletzt auch von der Erwägung ausgehen, daß die Schulfrage als Wahlparole der Volkspartei möglicherweise einige tausend Stimmen zuführen würde, daß aber damit für die Zukunft recht wenig gewonnen wäre, da schließlich auch an die Regierungskombination im neuen Reichstag gedacht werden muß. Und das Zentrum wird aus ganz ähnlichen Erwägungen heraus zustimmen. Für ein Schulgesetz nach seinen und der Deutschnationalen Wünschen ist keine Mehrheit vorhanden und wird keine vorhanden sein, und mit Demokraten und Sozialdemokraten lassen sich die Ansprüche der Merkmalen beider christlicher Konfessionen auch nicht annähernd befriedigen.

An sich wäre nun zwar ein Widerstand der Deutschnationalen denkbar, die die vom Zentrum preisgegebene Fahne aufnehmen könnten. Indessen werden auch sie sich fügen, da sie im andern Fall in eine für die Wahl und für das, was nachher kommt, sehr unbedeutsame Isolierung geraten würden. Was am Ende auch zustande kommen mag, auch die abgeänderte Vorlage wird auf die Opposition der Sozialdemokraten stoßen, und die Wahlen können stattfinden, wann immer sie wollen: die „positive Leistung“, die der Bürgerblock auf dem Gebiet der Schule aufzuweisen haben wird, wird immer ein Schwert in unserer Hand bleiben.

Was die andern zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden Gesichtspunkte angeht, sind über die Beförderungsreform und den über den Erfaß der Liquidationsschäden, so werden auch sie kaum zu einem Bruch führen. Trotzdem aber bleibt die Ueberzeugung von einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages bestehen, und selbst Mitglieder der Regierungsparteien nennen heute schon Wahltag, die im Beginn des Frühjahrs liegen. Die Regierung befindet sich eben in dem Zustand der schleichenden Krise. Ihre Mitglieder haben kein richtiges Gefallen mehr aneinander und sie wissen sehr genau, daß das Kabinett Marx zwar noch eine Mehrheit im Reichstag, aber keine im Lande besitzt. Das Zentrum besonders hat mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, es denkt nicht daran, mit seinen heutigen deutschnationalen Verbündeten eine gemeinsame Wahlfront zu bilden. Läßt man aber das Parlament seines natürlichen Todes sterben, so ist die gemeinsame Wahlfront da, ob man will oder nicht; denn niemand wird davon zu überzeugen sein, daß man bis zum letzten Tage gemeinsam regieren kann, wenn man bei der Wahl auseinander und gegeneinander marschieren will. Es wird sich zu gegebener Zeit ein Konflikt finden, der die Auflösung unvermeidlich macht.

Die Deutschnationalen freilich haben den dringenden Wunsch, daß dieses Kabinett, in dem sie eine so einflußreiche Rolle spielen, ihnen möglichst lange erhalten bleibe, und so beschwört denn die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Freunde und Nachbarn, doch um alles in der Welt nicht die Nerven zu verlieren und sich weder durch das Schelten noch durch den Hohn der Linken einschüchtern zu lassen. Es sei „der Zwang zum Schaffen“ gegeben. Eine ganze Reihe von Dingen müßten noch von diesem Reichstag erledigt werden, und das Blatt nennt außer den bereits erwähnten die Verwaltungsreform und die Strafrechtsreform, wobei es sich selbst aber darüber im klaren ist, daß eine endgültige Beschlussfassung über das neue Strafgesetz nicht in Frage kommt. Es spricht da etwas dunkel von geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten, mit denen man die von dem jetzigen Reichstag schon geleistete Arbeit für die Arbeit des neuen Reichstags retten müsse. Aber das ist von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache für die „Deutsche Tageszeitung“ ist etwas anderes. Es gebe, so sagt sie, noch Aufgaben ersten Ranges, die bisher noch gar nicht offiziell in das Blickfeld des Parlaments getreten seien, und das seien die dringenden Probleme, die sich aus der katastrophalen Lage der Landwirtschaft ergeben.

Da liegt der Hase im Pfeffer. Schnell ehe die Brandung wiederkehrt, sollen die agrarischen Forderungen, die bisher — wer

Bürgerblockangst vor dem Reichstag

Er wollte den Reichstagsbeginn hinausschieben!

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie hatte der Bürgerblock im Oktober beschlossen, daß der Reichstag erst am 22. November zusammentreten solle. Er wollte damit die glatte Erledigung des Reichsschulgesetzes und der Vorlage über die Beamtenbesoldung sichern. Die Einladungen für die Sitzung am 22. November sollten Dienstag zum Versand kommen, als plötzlich der deutschnationale Graf Westarp eine weitere Vertagung des Reichstages bis zum 29. November verlangte, da der Bürgerblock bisher mit seinen internen Beratungen über Besoldungsvorlage und Reichsschulgesetz nicht fertig geworden sei. Infolge dessen fand Dienstag mittag um 1 Uhr eine Sitzung des Versteherausschusses statt.

Präsident Lobe gab von der Anregung des Grafen Westarp Kenntnis, wies aber zugleich darauf hin, daß es den Reichstag an wichtigem Beratungsmaterial nicht fehle. Unter anderem sei zu beraten der deutsch-französische Handelsvertrag, die Vorlage über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, das Branntweinmonopolgesetz, Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, des Vereinsgesetzes und der Bericht über die Kuhrentschädigung. Man müsse auch daran denken,

den Eindruck in der Öffentlichkeit zu vermeiden, als ob der Reichstag überhaupt nicht mehr zur Beratung komme.

Die Redner der Regierungsparteien, Graf Westarp (Dnl.), Guérard (Ztr.) und Scholz (Dsp.), begründeten das Verlangen nach weiterer Vertagung mit der Notwendigkeit, den Ausschüssen Zeit zu ruhiger Arbeit zu lassen.

Demgegenüber wies Genosse Dr. Breitscheid darauf hin, daß dieser Gesichtspunkt nicht entscheidend sein könne.

Ähnlich argumentierte Abg. Torgler (Komm.). Abg. Reich (Bayr. Sp.) machte angesichts des Widerstandes der Sozialdemokraten und der Kommunisten den Vorschlag, am 22. No-

Der Mieterschutz in Gefahr!

Der Westbürgerblock will Länder und Opposition vergewaltigen / Erfolgreiche sozialdemokratische Abwehr

Im Wohnungsausschuß des Reichstags, der seit einer Woche die Vorlage der Reichsregierung über den Abbau des Mieterschutzes berät, ist am Dienstag vormittag ein Konflikt ausgebrochen. Er läßt die gespannte Situation erkennen und die Schwere der Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie, der Freundin des Mieterschutzes, und dem Westbürgerblock, dem Feind des Mieterschutzes.

Der Antrag ist folgender: Die Vorlage der Reichsregierung ist

bereits im Reichsrat auf entschiedenen Widerstand der Länder gestoßen.

Si! halten den Abbau des Mieterschutzes für verfräht und bekämpfen ihn. In den bisherigen Verhandlungen des Ausschusses aber hatten die Ländervertreter keine Möglichkeit, sich zu äußern, um ihren ablehnenden Standpunkt zu begründen. Sie wollten das in den nächsten Tagen tun. Außerdem war von dem Reichsjustizminister Dr. Hergt in der vergangenen Woche auf Verlangen der Sozialdemokraten ausführliches Material in Aussicht gestellt worden, aus dem die Wirkungen des Abbaues des Mieterschutzes vom Jahre 1926 zu ersehen sind. Aber auch dieses Versprechen will die Reichsregierung anscheinend nicht erfüllen, das Material ist bisher nicht vorgelegt worden.

Aus beiden Gründen beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses Vertagung der Beratung über den § 1 des Gesetzentwurfs um einen einzigen Tag. Lediglich sachliche Gründe leiteten sie dabei, wie von allen Seiten anerkannt werden mußte.

Trotzdem lehnte die Mehrheit diesen Antrag entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten ab.

dieselbe Mehrheit, die eine ganze Woche mit öden Reden gegen die Sozialdemokratie ausgefüllt hatte. Selbst das selbstverständliche Verlangen, diese Ablehnung des sozialdemokratischen Vertagungsantrages in das amtliche Protokoll aufzu-

nehmen, wurde von der Mehrheit niedergestimmt! Erst auf den erregten Protest der Sozialdemokraten wurden dann die Verhandlungen um eine halbe Stunde ausgesetzt. Nach Wiederbeginn der Sitzung gaben die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder des Wohnungsausschusses haben in der heutigen Vormittags-sitzung die Aussetzung der Beratungen verlangt, weil in den bisherigen Verhandlungen weder die Länderregierungen ihren ablehnenden Standpunkt zu der Vorlage der Reichsregierung darlegen konnten, noch das von der Reichsregierung für die feilenden Verhandlungen versprochene, außerordentlich wichtige Material über die Auswirkungen der Lockerung des Mieterschutzes von 1926 vorgelegt worden ist.“

Obwohl dieses Verlangen noch von zwei weiteren Parteien und dem Vorsitzenden des Ausschusses unterstützt worden ist, hat die Mehrheit entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten die Aussetzung der Beratungen um einen Tag brutal abgelehnt. Sie hat also eine sachliche Vertagung der weittragenden Folgen der Lockerung des Mieterschutzes zu erschweren versucht und will sowohl den Vertretern der Länder als auch den Vertretern der mieterfreundlichen Parteien die Vertagung ihres Standpunktes unmöglich machen.

Gegen dieses Verhalten erhebt die sozialdemokratische Fraktion den schärfsten Einspruch. Sie wird mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln dafür zu sorgen wissen, daß die Interessen der Mieter gegenüber dem Westbürgerblock gewahrt werden.“

Die Sozialdemokraten beantragten gleichzeitig wieder den Abbruch der Verhandlungen und die Vertagung der Sitzung bis heute, Donnerstag, den 17. November.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Vertreter des Westbürgerblocks sich gegen die schweren sozialdemokratischen Anklagen zu verteidigen suchten, gaben sie schließlich klein bei und stimmten der Vertagung zu.

lacht da nicht - im Parlament keine Beachtung gefunden haben, verwirklicht werden. Vom Standpunkt der Deutschnationalen ist das sehr wohl zu verstehen, denn schließlich war die Wahrnehmung Landwirtschaftlicher Belange ja der Grund, aus dem besonders ihr agrarischer Flügel zum Eintritt in das Kabinett drängte. Um ihre Willen haben sie das Lippenbekenntnis zu den Nichtlandwirten abgelegt. Was die Sozialdemokraten betrifft, so könnten wir uns rein propagandistisch nichts Besseres wünschen, als daß dieser Reichstag und diese Regierung sich noch deutlicher als bisher als Sachwalter des deutschen nationalen Landbundes enthielten. Der Erfolg würde für die Sozialdemokratie um so durchschlagender sein.

Nur ist es mehr als fraglich, ob das Zentrum angesichts seiner großen Arbeiter seine Aufgabe darin erblickt, den Saft der Landwirtschaft bis zum Ranke füllen zu helfen. So kann ja auch an den Lehren, die alle Landesparlamente der letzten Zeit erteilen, nicht achtlos vorübergehen. In einem wirklich demokratischen Staatwesen würde die Regierung unter dem Eindruck dieser Wahlergebnisse schon heute an das Volk appellieren. Welches wird man noch eine Weile weiter warten, um dies oder jenes noch vor dem Gewitter in die Scheune zu bringen. Aber das geht nicht mehr lange, und trotz der heftigen Beschuldigungen der Deutschnationalen wird voraussichtlich um Ostern herum das Volk zur Entscheidung aufgefordert werden. „Den Zwang zum Schaffen“, den die „Deutsche Tageszeitung“ predigt, erkennen auch wir. Nur besteht er nicht aus der unerträglichen Arbeit der Hungerlöhne, die zu einer vernichtenden Niederlage des Westbürgerblocks führen muß.

Sozialpolitik!

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Montag und Dienstag ein Verordnungsentwurf über die Durchführung der Unfallversicherung beraten. Die Verordnung soll die Krankenbehandlung und die Berufsunfähigkeitsrente regeln. Der Ausschuß hat u. a. beschlossen, daß Amputierte immer Doppelpensien erhalten sollen; nach den persönlichen und beruflichen Verhältnissen soll ein Stelzbein oder ein Kunstbein geliefert werden. Das zweite Ersatzglied muß ein Kunstbein sein, wenn nicht die körperliche Beschaffenheit des Verletzten dem entgegensteht. Die Regierung wollte für die Ersatzlieferung, also für die ersten beiden Prothesen, je ein Paar Stiefel liefern; auf Antrag der Sozialdemokraten wurde beschlossen, auch für später gelieferte Ersatzprothesen ein Paar Stiefel zu liefern. Angenommen wurde auch ein Antrag, zu jedem orthopädischen Schuh für den gesunden Fuß ebenfalls einen Schuh kostenlos zu liefern. Auf Verlangen der Sozialdemokraten wurde bestimmt, daß für Kleider und Wäsche Ersatz geleistet werden muß, wenn ein nicht unerheblicher Mehraufwand eintritt.

Bei der Berufsunfähigkeitsrente wollte die sozialdemokratische Fraktion den Unterhalt für die Familie während der Berufsausbildung den Berufsgenossenschaften auferlegen. Es wurde beschlossen, daß der Verletzte nur dann keinen Anspruch auf diesen Unterhalt hat, wenn er aus eigenen Einnahmen die Kosten selbst bestreiten kann.

Der Sozialpolitische Ausschuß hatte vorgesehen, im Anschluß an die Unfallversicherung einen Gesetzentwurf über die Versorgung der Kleinrentner zu beraten. Am Dienstag erschien aber plötzlich ein Vertreter des Reichs-Arbeitsministeriums und teilte nun mit, daß die Reichsregierung vorerst nicht in der Lage sei, sich zu einem solchen Gesetzentwurf zu äußern. Abg. Hoch (Soz.) legte gegen diesen neuen Verschleppungsversuch Protest ein und verwies darauf, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erst vor wenigen Tagen in einer Rundgebung des Kleinrentnerbundes auch den weitgehendsten Forderungen zugestimmt hätten. Der Deutschnationale Rademacher trat jedoch im Ausschuß mit Rücksicht auf die bestehenden Finanzschwierigkeiten für Vertagung ein, und der Volksparteiler Moldenhauer rief, die Stellung der Regierung abzuwarten. Abg. Reil (Soz.) konnte darauf hinweisen, daß die Deutschnationalen schon im Juni 1926 den Antrag auf Schaffung eines Rechtsanspruches der Kleinrentner auf Versorgung eingebracht und im November 1926 ein eigenes Initiativgesetz für die Kleinrentner-Versorgung vorgelegt haben. Sie mußten sich doch damals über die finanzielle Tragweite ihrer Anträge klar gewesen sein. Seitdem sei genügend Zeit gewesen, die erforderlichen Prüfungen anzustellen. Auf Antrag Reil beschloß der Ausschuß, die Beratung der vorliegenden Anträge, auch des inzwischen in Vergessenheit geratenen deutschnationalen, auf die Tagesordnung der Sitzung vom nächsten Dienstag zu setzen.

Der schwarzweißrote Hammel

Ein pommerisches Idyll

Wir berichteten neulich von einem Stahlhamschwein. Es hat jetzt ein Gegenstück in Gestalt eines schwarzweißroten Stahlhamschweins gefunden. Und das kam so: In Jägersburg feierte der Stahlhelm ein Stiftungsfest, zu dem der Rittergutsbesitzer Heideborn-Urrow einen Hammel als Hauptgewinn der Verlosung gestiftet hatte, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Hammel mit einer schwarzweißroten Schleife geziert durch den Saal geführt werde. Ohne sich der unfreiwilligen Komik bewußt zu werden, gingen die wackeren Jäger Stahlhämmer auf diese Bedingung ein, ja, in ihrem patriotischen Uebermut schmückten sie den Hammel nicht nur mit einer schwarzweißroten Schleife am Hals, sondern auch noch mit einer zweiten am Schwanz! So wurde das edle Tier unter ungeheurem Beifall und patriotischen Klängen der Musikkapelle durch den Festsaal auf und ab geführt. Daß der Wirt des Lokals es gewann, war eine besonders einflussvolle Züge des Himmels.

Das lächerliche Schicksal aber hatte gewollt, daß die Redaktion unseres Straßburger Parteilattes, der „Vorpommer“, von der Spende des Herrn Heideborn und der festlichen Bedingung vorher Kenntnis erlangt hatte. Sie entsandte einen stillen Beobachter zu der Festlichkeit, der aus eigener Wahrnehmung die obigen Vorgänge der Deffektivität schildern konnte. Und so bekam denn das Stahlhamschwein einen Stahlhamschmel zur Gesellschaft. Fehlt nur noch ein Stahlhamschmel. Aber keine Sorge - Herr Seidte wird ihn schon stiften.

Schiele verteidigt sich!

Auf den Profit kommt es an.

Der Reichsernährungsminister Schiele wendet sich am Dienstag abend in einer längeren Erklärung gegen die Behauptungen des „Vorpommers“, daß er durch die beabsichtigte Erhöhung des Industriemaiszolls u. a. eine Kartoffelfabrikation begünstige, an der er als Großaktionär beteiligt ist. Der Minister gibt aber zu, Aktien der Stärkefabrik Scholten A.-G. in Brandenburg an der Havel zu besitzen.



Morinowitsch und Briand,

die Außenminister von Jugoslawien und Frankreich, haben in Paris den Bündnisvertrag zwischen ihren Staaten unterzeichnet. Verschiedene Länder, vor allem Italien, haben diesen neuen Ver-

trag mit großer Erregung aufgenommen; jedenfalls scheint der Abschluß des neuen Bündnisses ein scharfer Gegenzug gegen Mussolinis Mittelmeer- und Balkanpolitik zu sein.

Jedoch könne nach seiner Auffassung eine Begünstigung der Scholten A.-G. durch die Erhöhung des Industriemaiszolls nicht in Frage kommen, da Scholten ein Mais- und nicht ein kartoffelverarbeitender Betrieb sei. Daraus folgte das Dementi des Herrn Schiele, daß sich die geplante Erhöhung des Industriemaiszolls gegen die Fabrik richtet, an der er interessiert ist.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit wesentlich anders, als sie der Reichsernährungsminister in seinem Dementi darstellt. Es soll zugestanden werden, daß die Scholten A.-G. in Brandenburg a. H. augenblicklich Mais verarbeitet. Diese Firma ist aber erst, wie viele andere Betriebe, unter dem Druck der Kartoffelknappheit zur Maisverarbeitung übergegangen, während sie früher ausschließlich Kartoffeln für die Stärkerstellung benutzte. Die Maisverarbeitung bei der Scholten A.-G. geschieht aus Rentabilitätsrücksichten. Bei veränderten Verhältnissen (gesteigerten Stärkerpreisen usw.) wie sie durch eine Erhöhung des Industriemaiszolls bedingt werden) wird die Scholten A.-G. ohne Zweifel, ebenfalls aus Rentabilitätsrücksichten, wieder die Kartoffel als Rohstoff benutzen. Die Umstellung wird ihr nicht besonders schwer fallen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der Leiter des Scholten-Unternehmens in Brandenburg a. H. einer der Führer der Kartoffelkartoffelindustrie im Kampfe gegen die Maisstärkeindustrie ist. Er hat sich wiederholt auch öffentlich gegen die Maisstärkeindustrie ausgesprochen. Deshalb dürfte es der Scholten A.-G. um mindestens nicht unwillkommen sein, wenn der Reichsernährungsminister den Industriemaiszoll erhöht.

Die Hinterbliebenenrente

Im Kriegsbeschädigtenauschuß des Reichstages trat Frau Aug. Reike (Soz.) am Dienstag für eine einheitliche Rente der Hinterbliebenen ein. Die gegenwärtige Dreiteilung der Hinterbliebenenrente benachteiligt Tausende von Frauen, indem sie ihnen Monatsbeträge von 33,33 Mark zuweist. Dabei stehe der Index auf über 150; außerdem sei eine Mieterhöhung von 20 Prozent durchgeführt. Die Witwen der Krieger kämen jetzt allgemein in ein Alter, in dem es für sie sehr schwer sei, erwerbstätig zu sein oder Arbeit zu finden.

Im Verlauf der weiteren Aussprache widersprach der Vertreter der Reichsregierung der vielerbreiteten Auffassung, als ob in den nächsten Jahren im Versorgungsetat erhebliche Einsparungen zu erwarten seien. Der Aufwand für die Versorgung zeige, von den Ruhegehaltern der Offiziere und den Waisengeldern der Kriegshinterbliebenen abgesehen, eine ununterbrochene Steigerung. Der tatsächliche Aufwand habe betragen: im Jahre 1924: 885 Millionen, 1925: 1260 Millionen, 1926: 1310 Millionen; der Vorschlag für 1927 sehe eine

Ausgabe von 1334 Millionen und der für 1928 1380 Millionen vor.

Die Deutschnationalen ließen erklären, daß sie sachlich mit den Anträgen der Opposition übereinstimmen, ihnen jedoch nur zustimmen könnten, wenn gleichzeitig die erforderlichen Deckungsvorschläge gemacht würden. Abg. Rohmann (Soz.) hob demgegenüber hervor, daß es sehr bequem sei, sich sachlichen Notwendigkeiten nicht zu verschließen, die Sorge für die Deckung aber der Opposition zu überlassen. Wenn man, wie die Sozialdemokratie, ernsthaft an die Deckung herangehe, dann zeige sich, daß den für die Regierung verantwortlichen Parteien andere Staatsaufgaben, bei denen Einsparungen gemacht werden könnten, viel näher stünden, als die Ausgaben für die Kriegsoffer. - Weiterberatung Donnerstag.

Opposition und Sowjetsubläum

Moskau, 15. November

Aus den neuesten Nummern der „Prawda“ erfährt man einige interessante Einzelheiten über das Verhalten der Opposition während der Jubiläumsfeier in Moskau und Leningrad. Das Zentralorgan der K.A.P. nennt es konterrevolutionäre, anti-ökonomische und antisowjetische; es bezeichnet es als Versuch, die Feier zu stören. In Moskau schmückten die Wände einiger Häuser oppositionelle Karikaturen, darunter eine, die die russische Kommunistische Partei hinter Gittern darstellte. Zahlreich waren die Arbeiter am Vorabend der Feier und unter den Demonstranten Flugblätter zu verbreiten. Als Antwort auf die Rufe: „Hoch das Leninische Zentralkomitee der Partei!“ erwiderte Weifen.

In Leningrad wurden die Arbeiter aufgefordert, mit oppositionellen Parolen zu demonstrieren oder der Feier fernzubleiben. Hier wie in Moskau hörte man Rufe wie: „Es lebe die Opposition!“ „Hoch die Weltführer Sinowjew und Trotski!“ „Hoch Trotski!“

Die „Prawda“ behauptete, daß dies Verhalten der Opposition bei den Arbeitern sehr wenig Gegenliebe gefunden habe, daß mit Ausnahme einer geringen Anzahl oppositioneller Studenten niemand dahinter gestanden habe und daß kein einziges von den Plakaten, die sie mitführten, heil nach Hause gebracht worden sei. Aus den Fenstern einiger Häuser hätten auch die Bilder von Trotski und Sinowjew herausgehängt.

Besonders schlimm soll es den oppositionellen Führern Sinowjew, Kadel und anderen bei der Feier auf dem Uitzkiplatz ergangen sein. Nur mit Mühe und Not seien sie durch ihre Anhänger vor der Wut der Menge geschützt worden. Auch berittene Polizei habe einschreiten müssen. Schließlich seien sie von dem Vorort eines Hauses in Sicherheit gebracht worden.

Gewerkschafter, hinein in die Partei!

Die Partei muß stark sein!

Der Grundsatz der politischen Neutralität der Gewerkschaften bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften am politischen Leben uninteressiert sind und politische Abstimmungen zu übergeben. Politische Neutralität ist jedoch insofern Lebensgesetz der Gewerkschaftsbewegung, als sie bestrebt sein muß, die Gesamtheit der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf ein politisches Bekenntnis des einzelnen in ihren Reihen zu vereinigen und sich die politische Unabhängigkeit und organisatorische Selbständigkeit nach allen Seiten hin, auch in ihrem Verhältnis zu politischen Parteien zu sichern.

Denn sie bedarf eines Verhältnisses zum politischen Leben, das durch ein positives Verhältnis zu einer geistesverwandten politischen Partei vermittelt wird, um die Wirkungen ihres Wollens und Handelns zur letzten Auslösung zu bringen. Man bezeichnet die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Ihre Aufgabe liegt auf einer anderen Ebene als die der Partei. Aber ebenso wie Wirtschaft und Staat nicht als wesensfremde Elemente, sondern nur als verschiedene Funktionsformen eines Gesellschaftskörpers gelten können, ebenso führen von dem Wirken der Gewerkschaften auf der sozialökonomischen Ebene des Gesellschaftsorganismus tausend Beziehungen hin zur Tätigkeit der Partei auf politischem Boden. Die Gewerkschaftsbewegung wirkt in der Tiefe des sozialen Lebens. Ihr Einfluß berührt heute das Interesse des letzten Arbeiters im kleinsten Betriebe und ihr Wirken umfaßt das soziale Schicksal des einzelnen Arbeitnehmers in seiner Totalität. Die Gewerkschaftsbewegung sucht dem unmittelbaren sozialen Gegner der Arbeitnehmerschaft, dem Unternehmertum, ständig neue Zugeständnisse abzurufen, die sich fortsetzend auf alle Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses ausdehnen, des Arbeitsverhältnisses, in dessen Inhalt das soziale Schicksal des Arbeitnehmers beschlossen liegt. Zudem sie auf dieser Linie ihres Wirkens Erfolge erzielt, verschleibt sich das Bild der sozialen Machtverhältnisse, verändert sie die Bindungen des sozialen Lebens zum Vorteil der Arbeitnehmer. Damit schafft die Gewerkschaftsbewegung neue soziale Tatsachen.

Dann aber strebt sie danach, ihre Erzeugnisse, die in diesen sozialen Tatsachen zum Ausdruck kommen, durch die Gesetzgebung rechtlich zu sichern. Die Geschichte der deutschen Sozialpolitik ist voll von Beispielen für einen solchen Werdegang sozialpolitischer Gesetze. Es begann damit, daß die Führer der Gewerkschaften den Eingriff des Staates in die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Hilfe der Arbeiterschutzesorgengesetze für solche Gruppen von Arbeitnehmern, die den gewerkschaftlichen Selbstschutz nur mit geringem Erfolge anwenden konnten, des Schutzes gegen die Willkür des wirtschaftlich stärkeren Partners des einzelnen Arbeitsverhältnisses, des Unternehmers, jedoch am meisten bedürftigen, wie Jugendliche, Frauen, Heimarbeiter. Und schon hierbei stand die Partei mit ihrem politischen Einfluß den Gewerkschaften zur Seite. Aber der Umkreis der sozialpolitischen Gesetzgebung wuchs bald hinaus über diesen Rahmen, und heute gibt es keine Gruppe von Arbeitnehmern mehr, die nicht interessiert wäre an dem Bestand und der Pflege der sozialen Gesetzgebung und damit an einer starken Stellung eines politischen Machtzentrums, einer Partei, von der die Arbeitnehmerschaft die Gewissheit haben kann, daß sie ihren Einfluß in Abereinrichtung mit den Forderungen und Erfordernissen der Gewerkschaften anwendet. Die Arbeitslosenversicherung geht alle an und die gesetzliche Bestimmung eines Höchsttariflages ist gleichfalls ein Beispiel für die Sicherung gewerkschaftlicher Erfolge mit politischen Mitteln, das die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft betrifft.

Aber dieses politische und Parteiinteresse der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder beschränkt sich nicht auf die Sozialgesetzgebung. Es ist unbegrenzt, das heißt, es findet seine Grenze nur dort, wo die Grenze der Funktion der Parteien, der Gesetzgebung, des Staates überhaupt liegt. Viele wichtige Aufgaben des Staates und der Gesetzgebung, auf die ein unmittelbarer Einfluß mit den Gewerkschaftsbewegungen eigenständlichen Machtmitteln nicht ausgeübt werden kann, über die vollends in der Sphäre des politischen Lebens entschieden wird, wirken gleich-

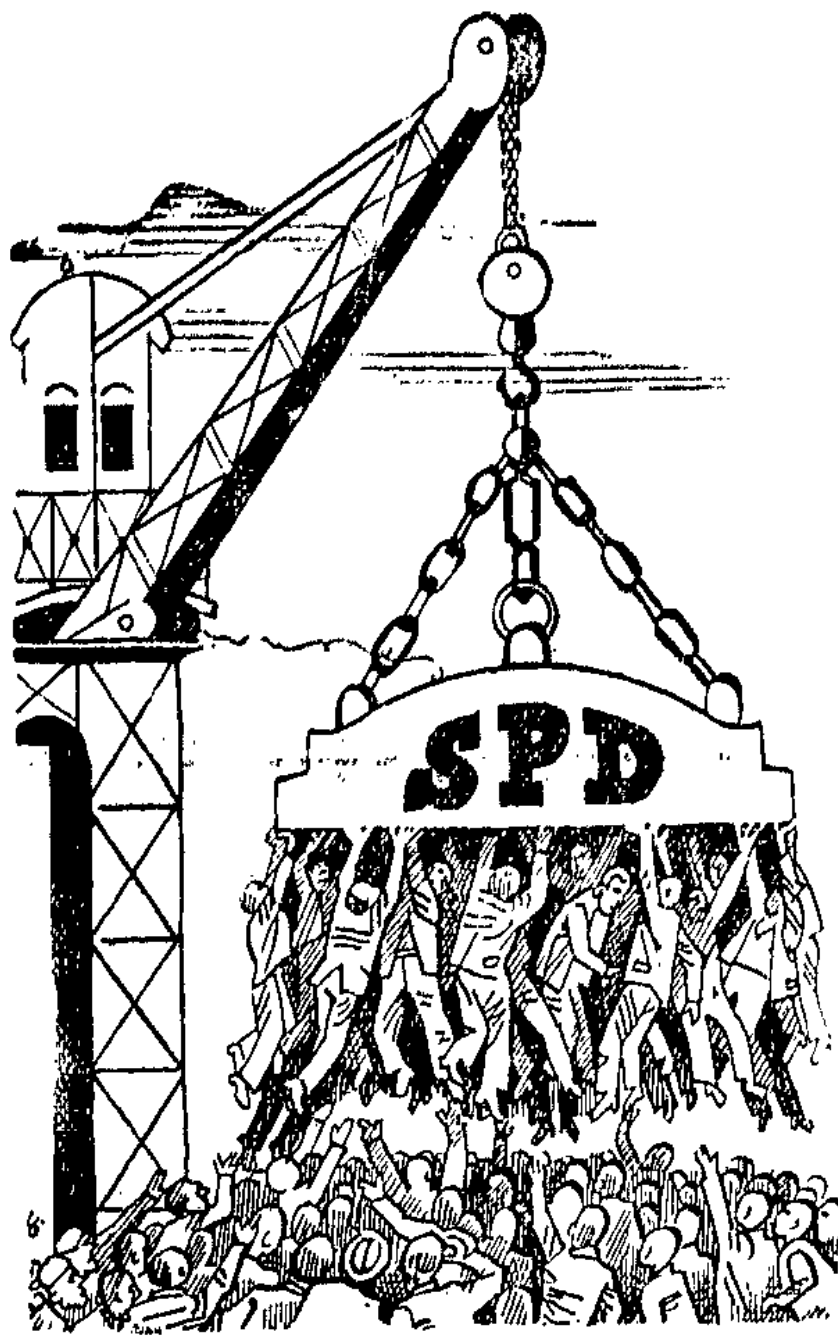
wohl zurück auf die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft, also auf die Region des gewerkschaftlichen Wirkens. Denn es kann, um auch hierfür ein Beispiel anzuführen, den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern nicht gleichgültig sein, ob infolge einer den Interessen der Arbeitnehmerschaft ungünstigen politischen Machtverteilung Lohn erhöhungen, die mit Opfern erzwungen wurden, durch eine entsprechende Steuerpolitik weggesteuert werden. Die Arbeiterschaft hat im Gegenteil ein Interesse an einer Steuerpolitik, die das Lohnentkommen schon und den Unternehmergewinn angreift. Und es ist von größter Bedeutung für die nachhaltige Wirkung gewerkschaftlicher Erfolge, daß das durch diese Erfolge bestimmte Reallohnniveau nicht wieder gesenkt wird durch eine die Lebenshaltung verteuende Zoll- und Handelsvertragspolitik.

Auch damit ist jedoch die Grenze des politischen Interesses der Gewerkschaften und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nicht erreicht. Denn um ihre Mission erfüllen zu können, bedarf die Gewerkschaftsbewegung unbeschränkter Koalitionsfreiheit. Sie wird ihr nur gewährt sein in einem freien Staatswesen, das die Betätigung der Gewerkschaften grundsätzlich billigt, die soziale Funktion der Gewerkschaften als lebensnotwendig für das Wohl des gesellschaftlichen Ganzen anerkennt und nicht nur die einzelne Arbeitskraft, sondern auch die Koalition der Arbeitskräfte ausdrücklich unter den Schutz der Gesetzgebung stellt. Fehlt es im Staatswesen an dieser grundsätzlich positiven Haltung der herrschenden Gewalten zur Gewerkschaftsbewegung, dann werden selbst relativ günstig lautende gesetzliche Bestimmungen nicht hindern, daß der gewerkschaftlichen Aktion tausend Hemmungen in den Weg gesetzt werden. Im wilhelminischen Reich haben wir das hinreichend kennen gelernt.

Denn die Parlamente machen die Gesetze, aber die Organe der Verwaltung werden sie an. Und die Macht der Verwaltungsorgane ist groß, ihre Möglichkeiten sind nicht gering. Woraus sich ergibt, daß auch ein starkes Interesse der Gewerkschaften am Charakter der Staatsverwaltung, ein Interesse daran besteht, welche Gestaltung in der Verwaltung lebendig ist. Wir verlinken das am stärksten und sind als Gewerkschafter am empfindlichsten gegen den Einfluß der Staatsverwaltung dann, wenn dieser Einfluß sichtbar wird in den Institutionen des Staatsgefüges, die direkt im Zusammenhang stehen mit der Tätigkeit und den dringenden Interessen der Gewerkschaften. Als Fälle dieser Art seien wir die Verfassung der Arbeitsgerichtsbehörden und der Organe der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Hier stehen Staatsverwaltung und Gewerkschaftsorganisation in enger Fühlung miteinander.

Somit ist klar, daß die Gewerkschaftsbewegung auf eine Einflußnahme auf die Staatsorgane nicht verzichten darf. Sie kann diesen Einfluß im demokratischen Staat nur geltend machen auf dem Wege über das Parlament und mit Hilfe einer politischen Partei. Das enge nachbarschaftliche Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, das die deutschen Gewerkschaften während der ganzen Dauer ihrer Geschichte gepflegt haben, wäre daher schon durch diese nüchternen, praktischen Erwägungen gerechtfertigt, wenn es nicht vor allem auf der gleichen geistigen Grundhaltung und der Gemeinsamkeit des Willens die gegenwärtige Sozialordnung hinausweisenden Ziele beruhte. Und es hat sich während dieser ganzen Dauer der Geschichte der Gewerkschaften immer wieder erwiesen, daß von allen politischen Parteien die Sozialdemokratie die einzige ist, der die Gewerkschaften ihre Interessen zu treuen Händen übergeben können und die zugleich bereit ist, in allen ihren Handlungen, die gewerkschaftliche Interessen betreffen, ihre Entscheidungen im innigsten kameradschaftlichen Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu treffen. Daher wird jede Steigerung der Macht der Sozialdemokratischen Partei, jeder Gewinn an Mitgliedern, dessen sie sich erfreut, von den Gewerkschaften mit der gleichen Genugtuung begrüßt, wie der eigene Erfolg. Daher trägt jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, der der Partei als Mitglied angehört, in reichem Maße zur vollen Ausnutzung gewerkschaftlicher Möglichkeiten und Erfolge bei, als der anderen, welcher der Partei fernbleibt.

Empor!



Beitragsentlastung an weibliche Angestellte

Das Angestelltenversicherungs-gesetz kennt eine Beitragsentlastung an weibliche Versicherte einmal, wenn die Versicherte nach Ablauf der Parteizeit für das Ruhegeld vor Eintritt in den Genuß eines Ruhegeldes tritt und kein Anspruch auf Hinterbliebenenrente besteht, zum andern bei Verheiratung. Hierüber heißt es im Gesetz (§ 62):

„Heiratet eine Versicherte nach Ablauf der Parteizeit für das Ruhegeld und scheidet sie binnen drei Jahren nach der Verheiratung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so steht ihr ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis zu dem Ausscheiden geleisteten Beiträge zu. Der Anspruch verfällt, wenn er nicht binnen drei Jahren nach der Verheiratung geltend gemacht wird.“

Die bisherige Rechtsübung hatte es zugelassen, daß eine weibliche Versicherte auch nach der Verheiratung noch durch Pflichtbeiträge die Parteizeit erfüllen und danach Anspruch auf die Beitragsentlastung erheben konnte. Gegen diese Rechtsübung hat sich das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung (Ila A. V. 45.27; Amtl. Nachr. 1927 S. 464) ausgesprochen wie folgt: „... der § 62 a. a. O. stellt für die Entziehung eines Erstattungsanspruches zwei Erfordernisse auf, nämlich die Heirat der Versicherten und ihr Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung. Die erste dieser Voraussetzungen ist aber nach dem klaren und eindeutigen Wortlaut der erwähnten Vorschrift an die besondere materielle und zeitliche Bedingung geknüpft, daß die Parteizeit vor der Verheiratung erfüllt sein muß. Ein Erstattungsanspruch besteht daher auch dann nicht, wenn, wie im vorliegenden Falle, die Parteizeit erst nach der Verheiratung erfüllt wird. Die gegenseitige Auffassung ... sowie die dahingehende Verwaltungsübung der R. f. V. finden in dem geltenden Rechte keine Stütze.“

Die weiblichen Angestellten tun gut, diese Entscheidung des Reichsversicherungsamts zu beachten. ck.

Die letzte Garbe

Erzählung von Friedrich Griese

6. Fortsetzung.

„Ja, ja,“ sagte Hans Buß; aber er hatte nicht verstanden, was die Rede des Knechtes bedeuten sollte. Er trug seinen eigenen Gedanken im Kopfe herum. Wie im Traum trat er zu Els und sagte: „Elsken, ich doch du das Rechte in allen Dingen.“ Wie im Traum ging er zur Tür, bereute sich noch einmal um, sah den Knecht an, als ob er ihm noch etwas Wichtiges zu sagen habe, sprach aber nichts, fuhr mit der Rechten über die Stirn, wie man tut, wenn man ein lästiges Insekt herabwischt, ging dann vor die Tür.

Der Knecht, der für eine kurze Weile seine Arbeit am Herde unterbrach und hinter ihm herblitzte, sah, daß der Bauer die Richtung nach dem Walde zu nahm. Aber da er ihn überhaupt und ohne Stock und Leberrod abgehen sah, dachte er sich nichts weiter, als er ihn unter den ersten knorrigen, krausen Bäumen verschwinden sah.

Der Bauer ging, tief in Gedanken vergraben, in den Wald hinein. Er schritt, ohne vom Wege aufzusehen. Der frühe Novemberabend kam und legte sich schwer und dunkel um seine Füße. Hans Buß kannte den Weg, den er zu nehmen hatte, auch ohne Licht.

Spät in der Nacht kam er in dem Kirchdorfe an. Dort war hier und da in den Häusern noch Licht. Er pochte an eine der Türen. Erjähroden öffnete man ihm. Hans Buß hörte sogleich was er erfahren wollte.

Am Vormittage waren Reiter dagewesen, waren auf den Pfarrhof gesprengt und hatten den Schlüssel zur Kirche gefordert. Als der Pfarrer den nicht hatte geben wollen, hatten sie ihm den Säbel über das Gesicht gezogen, waren auf den Friedhof gejagt, hatten dem Rittmeister, der mit der Art herzugeeilt war, blutige Hiebe gegeben, die Art genommen, das Schloß der Kirchentür geschlagen, mit der Art auch den Kirchenstrank geöffnet, Altargerät und Kanzelbeschriftung herausgerissen, auch den Altar selbst der Decke beraubt, waren darauf noch einmal auf den Pfarrhof gejagt, forderten, da der Pfarrer viel Blut verloren hatte und betäubt auf dem Beite lag, von der Pfarrerin Wein, den sie ausreichend bekamen, waren zuletzt, als einige beherrzte Bauern sich eben sammeln und mit Senf und Beil den Reitern Widerstand leisten wollten, vom Pfarrhofe herab und aus dem Dorfe gesprengt.

Nach dieser Rede ging Hans Buß wieder aus der Tür, ohne Gruß.

Er nahm den Weg auf den Friedhof zu, schritt zur Kirchentür. Es war richtig: Man konnte sie öffnen; das Schloß war zertrümmert. Er tastete sich langsam in die Kirche bis an den Altar, ließ die Hände an ihm herabgleiten; kaltes Mauerwerk, ohne festliche Decke, so stand er da. Er ging mit leisen und ehrfürchtigen Schritten zur Kanzel: Auch dort sah er seine Hand nur kahles, entleibtes Holz.

Langsam ging er wieder in den Gang, nicht dorthin, wo im Dunkel der Altar stehen mußte, über den sich das Kreuzigungsbild erhob, nicht noch einmal und ging durch die Tür den Weg zurück.

Durch das Glockenhaus trat er wieder auf den Friedhof. Sein Fuß stieß an etwas Hartes. Er blickte sich. Er ergriff etwas Kaltes, Eisernes. Es war eine Art. Der Bauer dachte: Sieh, die Art des Ritters. Noch ohne einen bestimmten Willen, ließ er sie doch nicht wieder: er umschloß den Stiel hart mit der Rechten, ging, als ob heller Tag wäre, an das Grab des Vaters. Die Zweige des Goldregens führten ihm über das Gesicht und durch das Haar. Er strich mit fester Hand über das Kreuz, dort, wo der Name des Vaters stand. Dann ging er vom Friedhofe hinab zum Dorfe hinaus und war nun schon wieder auf dem Wege, der ihn in seine Heide hinausführte. Abermals ging er Stunde um Stunde. Die Nacht hob sich zwar noch nicht über die Baumspitzen. Aber zwei oder drei Stunden konnte es nur noch dauern, dann mußte die erste graue Helle heranziehen.

Hans Buß stand unter den letzten Waldbäumen. Das Dunkle, niedrig Gestreckte war sein Hof.

„Ja, war ihm, als ob der Atem stillestehen und der Blutschlag aussetzen wolle: Er meinte: etwas Notglühendes aus Dunkel heraus leuchten zu sehen. Auch Brandgeruch kam zu ihm herüber.“

Aber das konnte wohl nicht sein; denn, wie er trotz der Dunkelheit sehen konnte, der Hof stand.

Er ließ die Art nicht fallen, lief mit großen, ungelenten Sprüngen auf seinen Hof zu.

Das Rote, Glühende erlosch nicht; es blieb; er sah im Näherkommen, daß die leuchtenden Flecke zahlreicher wurden.

Nun stand er am Hofort. Vor ihm lag ein runder, dunkler Haufen, aus dem es rot leuchtete.

Auch Rauch — ja, es war Rauch — stieg hell und bläulich in kleinen Fäden daraus hervor.

Stroh hatte man verbrannt. Stroh? Wer verbrennt hier Stroh? Und warum hält der Knecht keine Wache bei dem Brand?

Nein, er roch es nun: Garben hatte man verbrannt; Aehren, die noch Korn in sich geborgen hatten. Ja, so war es.

Er blickte sich; sein Fuß stieß gegen etwas, was Widerstand gab.

Er tastete, fühlte, driff: Ein Mensch lag da.

Die Art entsank seinen klammernden Fingern. Er schob die Asche von dem Gluthaufen, um sehen zu können.

Er schrie auf.

Nach langen und harten Stunden dumpfer Qual machte seine Seele sich frei durch diesen Schrei.

Sein Knecht war es, der vor ihm lag.

Der Kopf war, über einen Stein, tief nach hinten gesunken. Die Beine lagen bis zu den Knien in der Glut. Blut war von der Stirne abwärts gelaufen und war im Bart und in den Winkeln des geöffneten Mundes verkrustet. Hände und Gesicht waren kalt. So lag Peter Möll, der getreue Knecht, vor dem Bauer. Er war tot.

Da schrie Hans Buß zum andernmal.

Er hockte neben Peter Möll hin, streichelte sein erkaltetes Gesicht, das von furchtbaren Hieben getroffen war, zog die fast verlohrenen Füße aus dem Brandhaufen, streichelte auch diese. Dabei stieg gelber, heißer Rauch aus dem Haufen: Sie hatten also auch Körner, das gedroschene und gereinigte Korn, in das Feuer geschüttet.

Stille umtrod ihn wie ein graues, lauerndes Tier. Wie es seine trägen Glieder um ihn schleppte, erfuhr er in sich, wie es geschlehen war.

In der Wut des Weines waren die Reiter über den Knecht hergefallen, der die Nacht über sie verloren hatte. Darauf hatten sie Garben auf den Hof geworfen, hatten Feuer vom Herde dazu getan; warum? Nun, es waren trunkene Kriegerleute, deren feste Gedanken wohl Worten und Brennen sein mochten, die nur zuweilen einmal, wenn ein stärkerer Geist ihnen seinen Willen entgegensetzte, unterdrückt wurden, danach aber, wenn der sie nicht mehr beherrschen konnte, desto wilder hervorbrachen. Als die Garben lustig brannten, schütteten sie auch noch das Korn dazu, die letzte Habe des Heidebauern. Das hätte der wilde Rauch ihnen gewiß nicht eingegeben, wenn Hans Buß der Befehl eines reichen Hofes gewesen wäre.

(Fortsetzung folgt)



SCHUHPUTZ
aus der Fabrik der
GEG
ist das Beste
für die Schuhpflege

Wir führen:

Schuhcreme, schwarzDose 60 gr RM. **0.20**
do. " " 120 gr " **0.35**
do. " " 240 gr " **0.70**
do. gelb, braun, weiß . " 60 gr " **0.25**

Lederfett, schwarz und gelb.....Dose 105 gr RM. **0.20**
do. " " " " 285 gr " **0.50**

KONSUMVEREIN

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Arbeiter - Wohlfahrt - Weihnachts-Lotterie

Ziehung am 29. und 30. Dezember
145984 Gewinne, 1 Prämie zusammen Wert

607 500 Reichs-
mark

| | | |
|---------------------|---------------|----------------------|
| Höchstgewinn | = | 50 000 RM. |
| 1 mal | 30 000 | = 30 000 RM. |
| 1 mal | 20 000 | = 20 000 RM. |
| 1 mal | 15 000 | = 15 000 RM. |
| 1 mal | 10 000 | = 10 000 RM. |
| 1 mal | 5 000 | = 5 000 RM. |
| 5 mal | 3 000 | = 15 000 RM. |
| 5 mal | 2 000 | = 10 000 RM. |
| 10 mal | 1 000 | = 10 000 RM. |
| 10 mal | 500 | = 5 000 RM. |
| 50 mal | 300 | = 15 000 RM. |
| 100 mal | 200 | = 20 000 RM. |
| 200 mal | 100 | = 20 000 RM. |
| 400 mal | 50 | = 20 000 RM. |
| 700 mal | 25 | = 17 500 RM. |
| 1000 mal | 20 | = 20 000 RM. |
| 1500 mal | 10 | = 15 000 RM. |
| 2000 mal | 5 | = 10 000 RM. |
| 70 000 mal | 3 | = 210 000 RM. |
| 70 000 mal | 2 | = 140 000 RM. |

Sämtliche Gewinne von 5.— RM. aufwärts werden mit
90 % in bar ausgezahlt.

Lose zu 50 Pfg.

Liste und Porto nach auswärts 35 Pfg. mehr
Nachnahme nur bei 5 Losen und mehr
empfiehlt und verschickt nach auswärts diskret

Lotterie-Kersten

Obere Muxstraße 8 Gegründet 1904
Postscheck-Konto Hamburg 40 554

Ferner empfehle ich:

Schwetzingen Geldlose zu 1 RM. Ziehung 1. Dezember
Hauptgewinn 4000 RM. in bar
Eekboom-Lose zu 50 Pfg. Ziehung 9. Dezbr-
Hauptgew. 1 Auto, 6000 RM.W.
Niendorfer Glücksbriefe sofortiger Entscheid!
Bargeld, Hauptwinn: 1000 RM.

Sonderangebot für auswärtige Besteller:

| | | | |
|--|-------------|---------------------------------------|------------------|
| 1 Schwetzingen- 5 Eekboom- 5 Weihnachts- | Lose | mit Porto u. 3 Gewinn- listen = | 6.80 RM. |
| 5 Schwetzingen- 10 Eekboom- 10 Weihnachts- | Lose | mit Porto u. 3 Gewinn- listen = | 15.80 RM. |

Nachnahme 35 Pfg. teurer

Achtung!
Pr. Vollfett-Schweizerkäse
nur 1.20 1.10 **1.00**
M. Pauls, Schlumacherstr.

Geschäfts- Uebernahme

Allen Gästen, Freunden und Bekannten zur
Kenntnisnahme, daß ich mein

Restaurant

an Herrn **Havemeister** verkauft habe. Für das
uns in hohem Maße entgegengebrachte Wohl-
wollen herzlich dankend, bitte ich, dasselbe auch
auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll

Hans Freitag

Bezugnehmend auf obige Mitteilung bitte ich
die geehrten Gäste, Freunde und Bekannten, das
Herrn **Freitag** dargebrachte Vertrauen auch mir
zu bewahren. Es wird mein Bestreben sein, für
gute Speisen und Getränke Sorge zu tragen. Das
Restaurant ist durch völligen Umbau bedeutend
vergrößert.

Hochachtungsvoll

Heinr. Havemeister

Königstraße 112

Achtung!

Va. Weihnachts-Äpfel

direkt vom Selbsterzeuger
Gold-Barmäne und Prinz-Äpfel billig. & von
15 & an. Verkauf zwischen

Hollentortürme und Hollentbrüde

In allen
Arbeiterkreisen

ist es seit

35 Jahren

bekannt, daß bei:

Otto Albers am Markt 4
und
Rohlmarkt 10

Berufs- und Arbeiterkleidung

besonders gut u. billig zu kaufen ist
Durch Großeinkauf mit ca. 300
angeschlossenen Geschäften wird
die größte Leistungsfähigkeit
erzielt

Butter- und Käse-Tage!

in der Zeit vom 17. bis 24. d. Mts.

Allerbeste Molkereibutter . & **2.20**

Gute Molkereibutter & **2.00**

Käse in allen Sorten u. Preisen

Lücks Lebensmittelhaus Mühlenstr. 48

Schwurgericht Lübeck

Freispruch im Meineidsprozess

Bei der Ermittlung der Wahrheit sind die Zeugen die wichtigsten Helfer der Gerichte, und es ist daher von ungeheurer Bedeutung für den Ausgang eines jeden Rechtsstreits, daß die Zeugen unter allen Umständen wahrheitsgetreue Aussagen machen. Es ist nun in neuerer Zeit wiederholt erörtert worden, und auch der Verteidiger in dem Meineidsverfahren am Montag, Rechtsanwalt Dr. Kleffing, wies darauf hin, ob nicht die für Meineidsverbrechen eingesetzten Strafen in manchem Fall zu hart seien. Denn nicht immer werden auf der Grenze liegende Fälle so entschieden, wie es am Dienstag geschah, wo sich der frühere Landmann, jetzige Rentenempfänger Habeler wegen Meineides zu verantworten hatte.

Aus nichtigen Streitigkeiten, wie sie überall dort, wo Menschen beieinander wohnen, leicht entstehen, entwickelte sich in dem am Dienstag abgourteilten Falle ein Heizenkessel von Unzügen und Beschuldigungen, bei deren Austragung der Angeklagte offensichtlich einen Meineid geleistet haben soll.

Seit 1920 wohnte Habeler bei einer Frau L., und zwar lebte er nach der Meinung einer Zeugin mit der Frau in wilder Ehe. Dieses Verhältnis wurde dann durch allerlei Zwischenfälle geklärt und die Zerwürfnisse arteten zuletzt in offene Feindschaft aus, die heute noch besteht. Eines Tages, als beide noch zusammenlebten, kam in die Wohnung der Frau L. die Frau des Hausverwalters, um die Miete abzuholen. Dabei entstand wegen der Reparatur des Ofens ein Wortwechsel, in den auch Habeler eingriff, indem er die Frau des Hausverwalters zweimal mit der Faust ins Gesicht schlug.

Waren es Schläge oder Stöße?

Diese anscheinend belanglose Frage bildet den Ausgangspunkt des heutigen Prozesses. In einem an diesen Zwischenfall anschließenden Hausfriedensbruchprozess, den die Frau L. auf Betreiben Habelers gegen den Hausverwalter, dessen Frau und einen weiteren Hausgenossen anstregte, beschwor Habeler nämlich, die Frau des Hausverwalters nicht geschlagen, sondern nur Tür geklopfen zu haben. Es sei möglich, daß die Stöße ins Gesicht getroffen hätten. Frau L., die damals, wie erwähnt, mit Habeler zusammenwohnte, bestätigte als Partei unverzüglich die Aussage Habelers.

Mit der Zeit wandelte sich die Freundschaft der beiden dann ins Gegenteil, und nun erklärte Frau L. ihre damalige Aussage für falsch und erstattete gegen Habeler eine umfangreiche Anzeige wegen einer Reihe von Straftaten, aus denen die wegen Meineides herausgenommen wurde und zur heutigen Anklage führte. Habeler ist wegen Beamtenbeleidigung geringfügig vorbestraft, wegen Wuchers einmal in erster Instanz verurteilt, im Berufungsverfahren freigesprochen worden. Eine Untersuchung gegen ihn wegen Verletzung zum Meineid ist vor Eröffnung des Hauptverfahrens eingestellt worden.

Die Zeugenvernehmung

belastet den Angeklagten zum Teil recht stark, namentlich trifft das von seiner früheren Wirtin zu. Sie bekundet, daß Habeler ihr damals die Aussage vorgeschrieben und ihr mit Totschlag gedroht habe, wenn sie anders aussage. Ferner sagt diese Zeugin aus, was anderweit bestätigt wird, daß Habeler der Hausverwalterfrau zwei Schläge ins Gesicht versetzt habe. Auf Vorhalte des Angeklagten, die die Zeugin L. als unglauwbildig hinstellen sollten, antwortete fast alle Zeugen ablehnend.

Der Anklagevertreter

Staatsanwalt Dr. Weg sah den Versuch, die Glaubwürdigkeit der Zeugen zu erschüttern, als missglückt an, wenn auch unterstellt werden könne, daß die Zeugin L. aus einem Gefühl der Rache heraus handle gegen den Mann, der nach ihrer Meinung ihr Leben ruiniert habe. Der Angeklagte sei ein Mensch, der zu falschen Aussagen verleitet, ihm sei daher auch zuzutrauen, daß er selbst vor Gericht falsche Aussagen mache. Alle Zeugen beklagten einwandfrei, daß Habeler die Frau des Hausverwalters schlug, während er selbst das unter Eid bestritt. Es sei somit erwiesen, daß der Angeklagte wesentlich die Unwahrheit gesagt habe. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß er sich damals durch eine wahrheitsgemäße Aussage selbst der Körperverletzung bezichtigt haben würde, sei eine Gefängnis-

strafe von 1 Jahr 3 Monaten am Plage, darauf könnten 3 Monate Unterhaft anzurechnen werden.

In dem

Plädoyer des Verteidigers

wurde Frau L., die die Anzeige erstattet hat, als die eintauschte Frau bezichtigt, die lange hoffte, der Angeklagte würde sie heiraten. Ueber den Vorfall selbst, der zur angeblich falschen Aussage Habelers führte, stehen sich, so erklärte Rechtsanwält Selbinger, heute drei Aussagen gegenüber. Das zeigt, daß unter Eid von verschiedenen Personen derselbe Vorgang verschieden dargestellt wird. Weder subjektiv noch objektiv wird dem Angeklagten ein Meineid nachzuweisen sein, so daß auf seine Freisprechung erkannt werden muß.

Nach langer Beratung verurteilte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtspräsident Dr. Demler, folgendes

Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen.

Das Gericht ist nicht in der Lage, aus den Aussagen der Zeugen festzustellen, daß der Angeklagte damals etwas Falsches eidlich bekundet hat; es ist nicht von der Unschuld des Angeklagten überzeugt, eine Schuld ist aber auch nicht erwiesen.

*

Im Anschluß an die Urteilsverkündung wies der Präsident darauf hin, daß die Sitzungsperiode des Schwurgerichts nicht abgeschlossen sei. Der wiederholt behandelte Fall 3 u r sei vom Reichsgericht abetmals zurückverwiesen worden, seine erneute Verhandlung noch in dieser Periode solle angestrebt werden.

Vom Arbeitsmarkt

Vericht des Landesarbeitsamtes Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin über die Lage des Arbeitsmarktes vom 3. bis 9. November

Wie in der letzten Zeit war auch in dieser Berichtswoche wieder ein Steigen der Ziffer der Arbeitslosen zu verzeichnen. Besonders in den Berufsgruppen, die Außenarbeit zu leisten haben und von der Witterung abhängig sind, so die Landwirtschaft, das Baugewerbe und die Gruppe der ungelerten Arbeiter. Auch das metallverarbeitende Gewerbe hat größere Entlassungen zu verzeichnen.

Am 9. November 1927 waren vorhanden: Mecklenburg-Schwerin 2540 (2003) Arbeitssuchende, davon 1544 (1203) Hauptunterstützungsempfänger; Mecklenburg-Strelitz 283 (152) Arbeitssuchende, davon 114 (62) Hauptunterstützungsempfänger; Lübeck 2711 (2346) Arbeitssuchende, davon 1271 (1032) Hauptunterstützungsempfänger. Insgesamt: 5511 (4561) Arbeitssuchende, davon 2927 (2297) Hauptunterstützungsempfänger.

Durch Nachlassen der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft tritt langsam ein Ueberangebot an Arbeitskräften ein. Einige junge Leute konnten als Knechte und Alldenarbeiter vermittelt werden. Die Nachfrage an Arbeitskräften konnte fast stets gedeckt werden. Nur erfahrene junge Knechte, vereinzelt Viehpfleger (Schweizer), sowie Landmädchen werden nach wie vor gesucht.

In der metallverarbeitenden Industrie hielt die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. Aus Lübeck, Rostock und Wismar werden größere Entlassungen gemeldet. Der größte Teil der Entlassenen ist von den Werften abgelohnt. Die Blechindustrie blieb weiterhin aufnahmefähig.

In den größeren Arbeitsamtsbezirken macht sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Baugewerbe immer deutlicher bemerkbar. Während in den kleineren Bezirken zum Teil noch Einstellungen von Maurern erfolgten, kommen anderweitig außer Zimmerern, Malern, Bauarbeitern auch schon ältere Maurer zur Entlassung. Diese Entlassenen fallen, da sie nicht wieder untergebracht werden können, der Fürsorge zur Last. Holzgewerbe und Möbelindustrie scheinen weiterhin zufriedenstellend beschäftigt. Die gemeldete Neigung zur Verschlechterung im Lübecker Bezirk hält an.

Im Nahrungsmitelgewerbe hat die Fischkonferenzindustrie, die seit Wochen gut beschäftigt war, vereinzelt Entlassungen vorgenommen.

Die Arbeitsmarktlage für Handels- und Bureauangestellte ist unverändert schlecht. Vor einiger Zeit eingestellte Aushilfskräfte für Zählungen sind teilweise wieder ent-

lassen. Den Entlassungen stehen nur wenige Einstellungen gegenüber.

Das Bekleidungs-gewerbe zeigt Neigung zur Verschlechterung. Es wurden einige Schneider und Hutarbeiterinnen entlassen.

Bei den ungelerten Arbeitern ist durch Beendigung von Trauarbeiten ein ruhiger Rückgang zu verzeichnen. Durch Vollendung des Baues der gasföhrlichen Wasserleitung in Dömitz war im Lübeckbezirk der Hauptabgang an Arbeitssuchenden. Das Straßen- und Kanalbauamt in Wismar stellte für verschiedene Neubau- und Reparationsarbeiten Leute ein. Beim Vorkriegsstand waren 20 Arbeiter vorübergehend Arbeit finden. Für einige Gelegenheitsarbeiten sind verschiedene Einstellungen erfolgt.

Die Hauswirtschaft hat einen ruhigen Abgang an Arbeitssuchenden. Es fehlen immer noch Arbeiter für häusliche Wirtschaften. Erfahrenes Personal mit guten Zeugnissen ist noch immer ziemlich gut unterzubringen. Vereinzelt gesucht werden Morgen- und Tagesmädchen.

Theater und Musik

Kammerspiele

Kaspar Hauser, eine dramatische Legende von Erich Obermayer

Richtig müßte es heißen: eine dramatische Legende. Denn an diesem Werke ist nur eine Tragödie, der Dichter selbst. Es ist die alte Tragödie von Vater und Sohn. Da ist ein Sohn, der mit seinem Herzen viel besser das Wesen der Justiz erfährt als der Vater; dafür verfehlt sich der Vater aber viel besser auf dramatische Wirkung. Und natürlich ist dieser Vater ein Diener der Justiz und ebenso natürlich ist der Sohn — Dramatiker. Oder möchte es wenigstens gerne sein.

Weshalb junge Leute mit schriftstellerischem Ehrgeiz einen unromantischen Stoff unbedingt immer zuerst in ein Drama pressen müssen, ist ganz und gar unverständlich. Weshalb schreiben sie nicht einfach einen Roman? Auch diesem Kaspar Hauser von Obermayer hätte die Romanform viel besser angestanden.

Die Geschichte fängt nicht allzu schlecht an. Ein sechsjähriger Knabe ist seit 12 Jahren einsam in einem Keller, niemand hat er gesehen und gehört, als den Bauer, der ihm Nahrung bringt. Stumpf und stier, unverständliche Laute ausstößend, wird er ins Leben hinausgeschoben. Die Frage drängt hervor: Wie wird sich dieses Halbtier mit dem Leben abfinden? Leider schiebt der Dichter diese einzige dramatische und auch einzige schwierige Frage bequem beiseite. Im 4. Bild (ein Jahr nach dem Keller) ist der junge Kaspar ein hochintelligenter, reiner, charakterfester und sehr gebildeter junger Mann. Und natürlich paßt er bei seiner Reife nicht in dieses häßliche Leben. Er möchte am liebsten in den Keller zurück, wie Pedro in seine Berge. Aber die Intrigen von Verwandten, die ihn unbedingt beseitigen wollen, liefern ihm schließlich dem Tode aus. Schluß! Also wirklich eine Legende. Nicht der geschichtlichen Wahrheit entsprechend, aber auch als dichterische Phantasie schlecht. Und stellenweise zum Einschlagen langweilig!

Personen treten ja genug auf, in diesem undiszipliniert dahinstrebenden Bühnenwerkchen. Aber sie sind auch danach keine Schauplätze für etwas machen. Sie eignen sich höchstens für salbungsvolle Moralpredigten mit Engeln und Teufeln in christlichen Bezeichnungen junger Männer. Dort wird dieser Kaspar auch über kurz oder lang landen, besonders wegen des bequemen Festens wichtiger weltlicher Rollen. Also — verehrte Pastoren beider Konfessionen, hier liegt für Euch Stoff und Heiland!

Interessant war nur die Gestaltung des zurückgebliebenen Kaspar durch Paul Land in den ersten drei Bildern und im Rückfall am Schluß. Lands Leistung wäre einer besseren Sache würdig gewesen; er formte mit Kraft einen stumpfen Menschen, floß voller Leben und Blut. Aber alles mußte wieder zerrinnen in dem faden Moralgewässer des zweiten und dritten Aktes.

Die Regie hatte offenbar erkannt, daß der Inhalt dieser „dramatischen“ Legende dünn ist. Sie bemühte sich deshalb im Schweiße ihres Angesichts, wenigstens mit einigen bunten Augenfreuden das im übrigen schlafende Publikum am Leben zu erhalten.

Leihhausversteigerung

am Dienstag, d. 6. Dezember 1927, vormittags 9 Uhr, in **Roths Auktionshäusern**, obere Marlesgrube. Es kommen die verfallenen Pfänder bis zu Nummer 21042 zur öffentlichen Versteigerung. Die Umschreibung hat bis zum 1. Dezember 1927 zu erfolgen. Ein etwa entstandener Ueberbuh wird bis 14 Tage nach der Versteigerung im Leihhaus Hüxstraße 113 ausgezahlt, alsdann verfällt derselbe der Armenkassa. Eine Angabe der Gegenstände erfolgt noch in einer späteren Anzeige.

Lübecker Leihhaus

Telefon 22464 Inh. G. Helsing, Hüxstr. 113

Einfache und moderne

Schuhwaren

gut und preiswert

Bruno Westfeling Moistenstraße 3



Blendender Glanz

funkelt und spiegelt von Tellern, Töpfen und Pfannen, blendender Glanz strahlt durch das ganze Haus, wenn Sie VIM zum Putzen und Scheuern verwenden.

Streuen Sie etwas VIM auf einen feuchten Lappen, durch müheloses leichtes Reiben erzielen Sie blendende Reinheit.

Sünlicht Mannheim.

Eine fluge Hausfrau wied kein Geld für Butter unnötig ausgeben, wenn sie gleiche Nähewerte und gleichen Wohlgeschmack so billig erhalten kann wie in Feinkostmargarine:



1/2 Pfund 50 Pfennig.



Die gegebene Bezugsquelle

Jamaica - Rum-Verschnitte

von RM. 2.30 ab
in vollmundiger und bekömmlicher Qualität

Rotweine

von RM. 1.00 ab
besonders als **Glüh- und Grogwein** zu empfehlen

Ohne Glas

WEINE u. SPIRITUOSEN
GROSS- u. KLEINVERKAUF

Georg H. Busch

Fernspr. 22 482 Huxstraße 123

Billig!
1 Partie Äpfel 10 kg 10 Stk 80 Stk
Weihnachtsäpfel 20 kg 10 Stk 1.90
in Käpfel . . . 25 kg 10 Stk 2.30
ab Laden und Lager
Schwönekwerstr. 3

Schuhwaren

solide, preiswert

F. Meyer, Huxterdamm 2



BOHNERWACHS

zur Pflege der Fußböden und Möbel ist aus edlen Wachsen unter Verarbeitung von reinem Terpentinöl hergestellt

Deshalb, Mitglieder, fordert in euren Abgabestellen

| | | | |
|---------------|--------------------|-------|----------|
| 1/2 Pfd.-Dose | Bohnermasse | gelb, | RM. 0,50 |
| 1/2 Pfd.-Dose | do. | weiß, | „ 0,50 |
| 1 Pfd.-Dose | do. | gelb, | „ 0,95 |
| 1 Pfd.-Dose | do. | weiß, | „ 0,95 |

KONSUMVEREIN

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Eduard Hirsekorn

Sandstraße 20 Lübeck Fernspr. 23 239
empfiehlt sein gut sortiertes Lager von

Pelzwaren

als: **Pelzmäntel u. Jodien, Herrenpelze, Sportpelze, Pelzkragen und Muffen, Pelzbaretts, mod. Formen, Wagendecken, Pelzbesatz, Felle zu**

Besatz in großer Auswahl!

Kaufe sofort größeres Quantum
Weinflaschen
A. Sesselmann,
Reiherstieg 27, L.

Luisenlust

Freitag: Großes Tanzkränzchen
Eintritt und Tanz frei.

Wir bringen Ihnen

heute erneut den Beweis unserer unerreichten Leistungsfähigkeit. Um für die in diesen Tagen neu eintreffenden reichlichen Zufuhren Platz zu schaffen, verkaufen wir

ca. 100 Ztr. pa. rheinisches Wirtschaftsobst

10 Pfd. zu 1.20 RM.

ca. 300 Ztr. prima Daueräpfel

wie
„Schöner von Boskop“, „Goldreinetten“
„Goldparmänen“, „Baumanns Reinetten“
„Belle-fleurs“ u. andere gute Sorten

Kleinverkauf zu Engros-Preisen

Warten Sie nicht länger mit Ihren Einkäufen, da mit einem Ansteigen der Preise zu rechnen ist

Körbe mitbringen

Rheinische Obstausstellung

Gr. Burgstraße 13

Gr. Burgstraße 13

Der große Schlager!

prima, prima

Vollfetter Schweizerkäse

nur 1.20 1.10 „ 1.00

Verkauf ab Lager

Max Pauls, Käsegroßhandlung
Große Burgstraße 48

Billiges Angebot

Neu-Salgart. 10 u. 15 Stk
Sommer- u. Heringe 5 Stk
Matjes-Heringe 20 Stk
Sauerkohl . . . 10 Stk
Anchovis . . . 1/4 10 Stk
Delfardinen . Dose 48 Stk
Weißes Schmalz 80 Stk
Blattschmalz . 85 Stk
Kotoslett 1 Taf. 60 Stk
Holländ. Käse 1 20
Edamer . . . 1 20
Mit pikant. Käse 80 Stk
Tilsiter Käse
1 20, 1 . . . 80 Stk
Dänischer Käse . 80 Stk
Hansa-Käse . . 70 Stk
Kugel-Käse . . 50 Stk
Margarine . . . 50 Stk

Eduard Speck
Pützstraße 80/84

Konturrenz-Lederfärberei

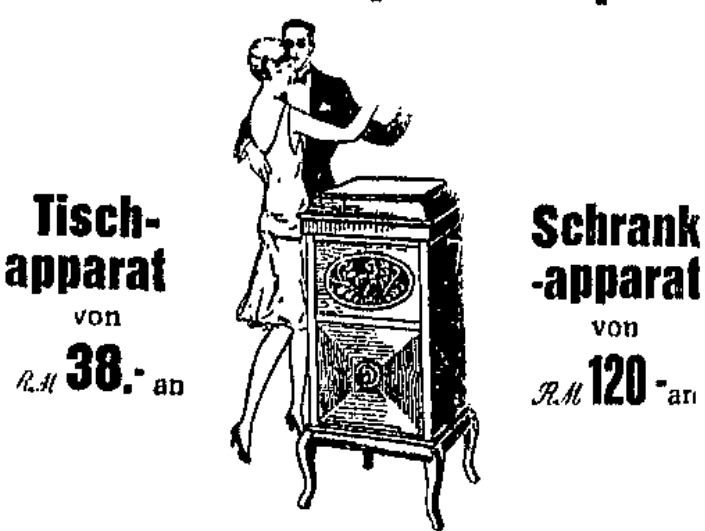
in jeder Familie gibt es Lederjachen zu färben
schon reinige u. färbe billig
Wildeleder, gr. br. u. schw.
Dänischleder farb. u. schw.
Glaceluder, farb. u. schw.
Kappaled, gr. br. u. schw.
Autohandschuhe, Stoffe
Ledergürtel, Lederhüte
Ledermägen, Ledertappen
Autoleder, Joppen
Venerholten, Reitholenbel.
Herren- und Damenschuhe
Felle, Riff Sojas Stuhl-
füße, Autoverbede, Klub-
stühle, Damentaschen usw.
ämtl. Gegenstände a. Led.
Imprägnieren v. Windjaden
Lod u. löst. Klebstoffe

„Karras“ Lederfärberei
T. 26 429, Lübeck,
Gledenoießerstraße 16.

Hut-Ziehe
Wahmstraße 9

Herren-Hüte - Blaue Mützen
Seidenhüte und Klapphüte
Reparaturen
sämtliche republikanischen
Abzeichen
Lose der Arbeiterwohlfahrt

Electrole Parlophon Orophon



Sprechapparate
Auf Wunsch Ratenzahlung
Schallplatten
Neueste Aufnahmen - gesond. Vorführungsraum

C. W. Meyer, Piano-Magazin
Inh. G. Schneider, Gelbelplatz 6

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Sektion der Elektriker
Am Sonnabend, dem 19. November,
abends 8 Uhr
Großer Herbstball
der Elektro-Monteurs in sämtlichen
Räumen des Moisinger Baums
Der Vergnügungsausschuss

HANSA-THEATER

Die für heute angesetzte Premiere
der **Jascha-Gura-Revue** „1.00
Worte Liebe“ kann heute nicht
stattfinden. Es wird daher heute zum
letzten Male das erfolgreiche Film-
programm
Pat u. Palachon im Prater
Die Lady ohne Schieler
gegeben. Ab Freitag
Die Perle des Regiments
mit Reinhold Schünzel
Hohelt tanzt Waizer
Ein Wiener Großfilm
Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 bis 11 Uhr

Adlershorst
Wegen Bußtag fällt der Donnerstag-Tanzabend
diese Woche aus

Schiffergesellschaft
Vom 20.-27. November täglich
gr. Gänse-Verlegeln
von 6-10 Uhr
unter Aufsicht des Regler-Verbandes

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands Ortsverein Lübeck
Einladung zum **35. Stiftungsfest**
am Sonnabend, dem 19. November, im Gewerkschaftshaus
Anfang 7 Uhr.
Herrenkarte 1 Mt., Damen 50 Hfg. inkl. Steuer.
Der Festausschuss.



Lübecker Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V.
Geschäftsstelle
Schlüsselboden 18, 1
Großer Herbstball mit Essen

am Mittwoch, dem 23. November, abends 8 Uhr,
im weichen Saal der
Stadthalle
Preis à Person 2.50 M.
Anmeldungen bis Freitag
abend 6 Uhr in der
Geschäftsstelle. Öffent-
liche Kasse nicht vor-
handen. Mitglieder mit
ihren Freunden werden
gebeten, zahlreich daran
teilzunehmen.

Pelz
besätze in großer Auswahl zu billigen Preisen
Reparaturen Umarbeit
Neuanfertigung
in eigener Werkstatt
Pelzmäntel Pelzjacken
Pelzhaus Schwartz
13 ob. Wahmstraße
13
Jeden Freitag von 7 Uhr

Gimerbiet
H. Bade.

Arbeiter Gesangverein
„Einigkeit“ Schlutup
Mitgl. d. Deutschen Arb-
Sängerbundes

Sonnabend, 19. Nov.
Liederabend
mit nachfolgendem
Ball
unter Mitwirkung von
Frau Clarissa Niemann
Heldmann, Lübeck
Galthof „Zum Schwan“
Saalöffnung 7 1/2 Uhr
Anfang 8 Uhr

Stadttheater Lübeck
Donnerstag 20 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg
(Schauspiel)
Ende 22.30 Uhr
Freitag 20 Uhr:
Peter Schmall, Oper
(Schauspiel)
Darauf: **Der Dorfbarbier** (Kom. Oper)

Sonnabend 20 Uhr:
Kammerspiele: Geigenkonzerte
(Schauspiel)
Abonnement-Vorst.
Sonntag 19.30 Uhr:
Paganini (Operette)
Erweiterte Opernprelle
Sonntag 20 Uhr:
Kammerspiele
Das Grabmal des unbekanntes Soldaten
Montag 20 Uhr:
Leontie (Suffspiel)

Diese Woche gehört der Partei!

Aus freiem Willen!

Von Friedrich Stampfer

Heute beginnt unter günstigsten Vorzeichen die Werbe-woche der Partei. Hamburg, Altona, Königsberg, Anziehen der Mitgliederziffern der Partei wie der Gewerkschaften, Zunahme der Abonnenten der Parteipresse — alles deutet auf gut Wetter und gute Fahrt.

Unsere Gegner fragen nicht, ob wir Fortschritte machen, sondern nur noch, wie groß unsere Fortschritte sein werden. Was sie wider Willen für uns getan haben, hilft uns allein schon ein ganzes Stück weiter. Wie weit wir darüber hinaus vorwärts kommen, hängt jetzt von uns ab.

Wie weit ist's noch bis zu den Wahlen? Niemand weiß es. Kluge Leute auf der anderen Seite der Barrikade wollen sie bald. Jeder Monat Würgerblod, meinen sie, bringt den Sozialdemokraten ein paar Mandate mehr.

Wiso heißt es bereit sein!

Für Demokratie, Frieden und Sozialismus — die drei gehören zusammen! In den Ländern der Diktatur ist jeder freie Kampf der Geister unterbunden. Aber nur im freien Kampf der Geister können sich die neuen Wirtschaftsformen bilden, von denen sich die arbeitende Menschheit ein würdiges Dasein verspricht. Neuer Krieg bedeutet nicht bloß neues Elend, sondern Verschüttung aller Zukunftshoffnungen für Jahrzehnte, vielleicht für immer. Darum keine Diktatur und kein Krieg, sondern Demokratie und Frieden — das ist der Weg zum Sozialismus.

Seht auf Rußland? Nein, seht auf Deutschland, seht auf die übrigen hochindustriell und hochkapitalistisch entwickelten Länder der Welt — und dann erst seht auf Rußland! Dann werdet ihr begreifen, daß die russischen Methoden, ganz gleich, ob sie für Rußland gut oder schlecht sind, nicht die unseren sein können.

Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung, in der jedermann seine Persönlichkeit als Kultur-mensch frei entwickeln kann ohne Zwang und ohne Not ums tägliche Brot, eine Gesellschaftsordnung, in der es kein Elend, keine Unterdrückung, keine Herren und keine Knechte gibt.

Diese Gesellschaftsordnung ist noch nirgends auf der Welt verwirklicht. Zu behaupten, sie sei in Rußland zur Tat geworden, wäre eine ungeheure Lüge. Vorwärtshelfen kann uns aber nur die Wahrheit.

In allen Ländern der Welt sehen wir Massen in Bewegung zu diesem fernen, großen Ziel. Vor allem auch hier in Deutschland. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann mit jeder anderen sozialistischen Partei der Welt den Vergleich aushalten. Aus tiefen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprungen, steht sie auf eine glorreiche Vergangenheit zurück. Und auch ihrer Gegenwart braucht sie sich wahrhaftig nicht zu schämen.

Wohl, wir haben unser letztes Ziel noch lange nicht erreicht! Sind wir deshalb müßig gewesen? Wir haben diesem im Krieg niedergebroschenen Deutschland, indem wir es aus einer tausend-jährigen Monarchie zur Republik ver wandelten, neue Lebens-möglichkeiten gegeben, wir haben damit für die Millionenmasse seiner Arbeiter erst den Boden geschaffen, auf dem sie kämpfen kann. Wir haben der Verständigung mit Frankreich

Bahn gebrochen und damit dem Frieden Europas einen gewaltigen Dienst geleistet. Wir haben in das System des Privatkapitalismus die Positionen der Gemeinwirtschaft weit hineingetrieben, den Gewerkschaften, den Genossen-schaften unsere Kräfte zur Verfügung gestellt. Was an sozial-politischem Fortschritt vorhanden ist, ist unser Werk.

Dies alles zu verteidigen und zu schmähern, ist leicht, um so leichter, als wir selbst weit davon entfernt sind, mit dem Er-reichten zufrieden zu sein. Aber wann und wo immer der Ver-such gemacht wird, das Erreichte wieder zu vernichten, erhebt die klassenbewusste Arbeiterschaft sich wie ein Mann und wehrt sich. Sie fühlt instinktiv, daß sie das, was die Sozialdemokratie erkämpft hat, verteidigen muß.

Aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der einst durch das Sozialistengesetz niedergehaltenen, der vaterlandslosen, rechts-losten Gesellschaft, aus den Bureaus der Partei, der Gewerkschaften sind Hunderte von Männern und Frauen hervorgegan-gen, die in öffentlichen Diensten stehen und sich be-währen. Ist das alles? Nein, und tausendmal nein, es ist nur ein An-fang. Aber ist das nichts? Fragt die Italiener!

Ja, es ist noch so unendlich vieles, was anders werden muß! Breite Arbeitermassen leben in kläglichen Lohnver-hältnissen. Aber was kann vorwärts helfen, wenn nicht die ge-werkschaftliche Disziplin, für die wir Sozialdemokraten stets ein-getreten sind? Oder war der Kampf, den eben erst die mittell-e-deutschen Bergarbeiter geführt haben, nicht etwa doch

erfolgreicher als der mitteldeutsche Aufstand? Jetzt ist eine andere Klage, entlohnte Arbeiterschaft, sind die Zigarren-arbeiter in einen schweren Kampf hineingerissen. Auch ihnen ist nicht mit räumlichen Nebenarten, sondern nur mit proletari-scher Solidarietät zu helfen, an der es nicht fehlen wird.

Als Partei kämpfen wir um die Macht in dem Bewußt-sein, daß wir mächtig sein müssen, wenn wir unsere Pflicht als Vertreter aller Volksebenen und Ausgebeuteten erfüllen sollen. Wir wissen, daß die Früchte der Macht nicht immer süß sind, daß es Verantwortungen gibt, die schwer zu tragen sind. Probleme, die zu verwickelt sind, als daß sie mit einem Schlag gelöst werden könnten.

Aber wir wissen auch — und alle geschichtliche Erfahrung gibt uns recht —, daß es nur unser Weg ist, der vorwärts und aufwärts führt. Alles, was in der Masse des schaffenden Volkes kraftvoll, gesund, zukunfts-gläubig ist, findet sich auf ihm zusammen. Umwege, Abwege, oft sonderbar verschlung-en, führen schließlich auf ihn zurück. Die Sozialdemokratie ist die Partei der sozialistischen Massen, die Partei der proletarischen Einheit, die Partei der Zukunft.

Was wir in dieser Woche zu tun haben, ist ein Stück von unserem großen Werk. Es wird getan werden aus freiem Willen und mit Freuden. Darin liegt sein entscheidender Wert. Niemand kann, niemand soll dazu gezwungen oder gebunden werden.

Freiwillige an die Arbeit!

Die Frau und die Sozialdemokratie

Frauennot — Frauenpolitik

Von Marie Juchacz

Es besteht in der Partei heute wohl kaum noch ein Zweifel darüber, daß man sich in Werbewochen nicht nur an die Männer, sondern auch an die Frauen wendet, nicht nur an die älteren Menschen, sondern auch die Jugend. Und doch ist es not-wendig, oft Gesagtes immer wieder zu sagen, Selbstverständliches dauernd zu wiederholen. Warum? Das läßt sich nur mit Zahlen und Tatsachen beantworten.

Im vergangenen Jahre wurden in der Werbung: je unter 52 241 neuen Mitglieder 10 110 weibliche gewonnen. Der Jahres-abschluß für 1926 stellt 658 028 organisierte Männer und 185 492 Frauen, zusammen 843 520 Mitglieder der Partei fest. Die Zahl der organisierten Frauen beträgt nur den fünften Teil der organi-sierten Männer.

Es soll hier kein Vorwurf, aber die Frage erhoben werden: Ist es nicht möglich, die Werbearbeit unter den Frauen so zu steigern, daß diese Spanne sich verringert?

Eine wichtige Vorbedingung des demokratischen Systems ist das politische Verständnis und Verantwortungsbewußtsein der Wähler und Wählerinnen. Die Sozialdemokratie ist die größte politische Partei Deutschlands. Sie besitzt das Vertrauen eines sehr großen Teiles der Arbeiterklasse. Die Grundzüge der Sozialdemokratie, gestützt auf das Wissen von der Entwicklung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens, geben ihren Mitgliedern das Bewußtsein, der Ent-wicklung zum Sozialismus

zu dienen. Die Sozialdemokratie wird neue Mitglieder, weil sie ihre Ziele nur mit einer großen und immer größer werdenden Machtenfaltung der Partei erreichen kann. Wir wissen, daß die Mitgliederzahl erst die Möglichkeit der gründlicheren politischen Schulung gibt. Wir wissen aber auch, daß in Kampfszeiten bei Wahlen jedes politisch geschulte Mitglied Werbearbeit entfaltet. Sehen wir die Aufgaben der Partei als geschichtliche und politische Notwendigkeit an,

so drängt sich uns doch die Erkenntnis auf, daß die Sozialdemokratie nur zu der von ihr mit Recht an-gestrebten politischen Machtenfaltung kommen kann, wenn sie die Frauen der Arbeiterklasse gleichmäßig mit den Männern erfasst.

Die Tatsache, daß die Frauen in ihrer großen Zahl heute noch schwer er organisiierbar sind als die Männer, fem-nen wir wohl alle. Die Schwierigkeit der Arbeit darf uns von der ganz besonders intensiven Entfaltung unserer Kräfte nicht ab-halten. Im Gegenteil — wir wissen, daß es deshalb um so not-wendiger ist, durch stetes Werben und Aufklären den Boden für die sozialistische Zukunft vorzubereiten.

Die Frau und der Kapitalismus

Die Frauen durchleben seit Jahrzehnten und gegenwärtig in gesteigerter Form die größte Umgestaltung ihres so-zialen Seins. Mit dem wachsenden Kapitalismus bekamen wird die Frauenerwerbsarbeit. Von 1882 bis 1907 wurde ein Wachstum der Frauenerwerbsarbeit von 24 auf 30,4 Prozent im Verhältnis zur weiblichen Bevölkerungsziffer fest-gestellt. Die Ziffer der durch die Fählung von 1907 erfassten weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung betrug 9 492 881. Die deutsche Bevölkerung zählte am 16. Juni 1925: 62 410 619 Köpfe, davon 32 213 796 weibliche. Von den letzteren sind 13 024 963 er-werbstätig. Auch wenn die Erfassungsmethoden vielseitiger ge-worden sein sollten, müssen wir ein starkes Wachstum der weiblichen Erwerbstätigkeit feststellen. Allein in der Industrie betrug die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte 2,9 Millio-nen gegenüber 2 Millionen von 1907 im jetzigen Reichsgebiet, das sind 23 Prozent der Gesamtleistung durch Frauen, gegenüber 21 Prozent im Jahre 1907. Im Gastwirts- und Schankgewerbe, i der Textilindustrie und im Bekleidungs-gewerbe dominiert die Frau mit weit mehr als die Hälfte aller Beschäftigten. Mehr als ein Drittel aller im Handel Beschäftigten sind Frauen; in allen Gewerben sehen wir seit 1907 ein ziffernmäßiges und pro-zentuales Ansteigen der Frauenerwerbsarbeit.

Mehr als je zuvor ist es richtig, daß die kapitalistische Wirtschaft die Hausfrauenarbeit in die Industrie verlegt und die Frauen aus dem Hause zwingt.

Und mehr als je wird es zum sozialen Mißverhältnis, daß Haus-frauenarbeit, soweit sie in einer modernen Wirtschaft noch nötig ist, nicht als wirkliche volkswirtschaftliche Leistung gewertet wird, sondern von vielen Frauen nebenher geleistet werden muß. Das hat zur Folge, daß sehr viele verheiratete Frauen und Mütter die Erwerbstätigkeit mit der Hausfrauen- und Mutterleistung ver-binden müssen.

Aber der starke Anteil der Frauen am Wirtschaftsleben, der in den Ziffern der Berufszählung zum Ausdruck kommt, bringt es uns doch wohl zum Bewußtsein, daß wir hier vor einer Ent-wicklung stehen, die uns in ihrer Unerbittlichkeit die ganze Kon-sequenz der kapitalistischen Epoche zeigt, und es liegt doch nahe, auch für uns als Partei die absolut notwendige Schlußfolgerung daraus zu ziehen. Dem Bedürfnis der Wirtschaft nach der Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft steht das Bedürfnis weiter Frauen-schichten nach wirtschaftlicher Verwertung ihrer Kraft gegenüber. Mühte nicht dieser Umstand allein die arbeitende Frau als Kampflager an die Seite des arbeitenden Mannes drängen?

Mühte nicht die schon besser organisierten Männer alles aufbieten, um die arbeitenden Frauen für den Kampf der Arbeit zu gewinnen?

Kampf der sozialen Not der Mütter und Kinder!

Begleitererscheinung der Frauenerwerbsarbeit war und ist eine un-gewöhnliche soziale Not der Mütter und Kinder. Der weibliche Körper leidet besonders unter der Einwirkung überlanger Ar-beitszeit, unter schlechten Arbeitsbedingungen, unter der Ein-wirkung gewerblicher Gifte.



Wer die Bürgerpresse hält, zahlt dem Klassegegner Geld. Wirf des Feindes Blatt hinaus, dein Parteiblatt halt' im Haus!

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck
nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes
vom 15. November 1927

| Ware | Einheit | Preis | Ware | Einheit | Preis |
|------------------|---------|-------|---|---------|-------|
| Getreide | | | Wurstwaren | | |
| Weizen, rot | 100 kg | 1.10 | Speck, geräuchert | 100 kg | 1.80 |
| Weizen, weiß | 100 kg | 1.05 | Speck, roh | 100 kg | 1.75 |
| Roggen | 100 kg | 0.95 | Wurst, Fleisch | 100 kg | 1.50 |
| Gerste | 100 kg | 0.85 | Wurst, Fett | 100 kg | 1.40 |
| Hafer | 100 kg | 0.75 | Wurst, Knochen | 100 kg | 1.30 |
| Reis | 100 kg | 1.50 | Wurst, Speck | 100 kg | 1.20 |
| Öle | | | Wurst, Fleischspeck | 100 kg | 1.10 |
| Rapsöl | 100 kg | 1.80 | Wurst, Speckspeck | 100 kg | 1.00 |
| Sonnenblumenöl | 100 kg | 1.70 | Wurst, Fleischspeckspeck | 100 kg | 0.90 |
| Margarine | | | Wurst, Speckspeckspeck | 100 kg | 0.80 |
| Butter, Land | 100 kg | 2.50 | Wurst, Fleischspeckspeckspeck | 100 kg | 0.70 |
| Butter, Fabrik | 100 kg | 2.40 | Wurst, Speckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.60 |
| Obst | | | Wurst, Fleischspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.50 |
| Äpfel | 100 kg | 1.20 | Wurst, Speckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.40 |
| Birnen | 100 kg | 1.10 | Wurst, Fleischspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.30 |
| Kirschen | 100 kg | 1.00 | Wurst, Speckspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.20 |
| Gemüse | | | Wurst, Fleischspeckspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.10 |
| Kartoffeln | 100 kg | 0.60 | Wurst, Speckspeckspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.05 |
| Tomaten | 100 kg | 0.80 | Wurst, Fleischspeckspeckspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.02 |
| Salat | 100 kg | 0.70 | Wurst, Speckspeckspeckspeckspeckspeckspeckspeck | 100 kg | 0.01 |

Ueber Heinrich Lersch, den Arbeiterdichter

wird am nächsten Dichterabend der Volkshochschule, am Freitag, dem 18. November, abends 8.15 Uhr, Direktor Dr. Pleth im Neubau der Stadtbibliothek sprechen.

Einzelkarten für den Vortrag 30 Pfennig

Marktberichte

Lübeck, 15. November.
Bauernbutter, Ffd. 1.00-2.10, Metereibutter, Ffd. 2.20 bis 2.40, Käse, Sild. 0.00-2.00, Enten, Sild. 5.00-6.00, Hühner, Sild. 3.00-4.00, Alken, Sild. 2.50-3.00, Tauben, Sild. 0.80-1.00, Gänse, Ffd. 1.25-1.30, Schinken, Ffd. 1.70-1.80, Schweinestopf, Ffd. 1.00, Wurde, geräuchert, Ffd. 1.00-2.40, Eier, Sild. 0.10, Kartoffeln, Ffd. 0.07-0.09, Wurzeln, Ffd. 0.10, Weizen, Ffd. 0.07-0.08, Rindfleisch, Ffd. 0.10-0.12, Weizen, Ffd. 0.10 bis 0.12, Pflanzenöl, Kopf 0.20-0.80, Stroh, Ffd. 0.05-0.06, Tellerer Rübchen, Ffd. 0.15-0.25.
Lebende Schweinefleisch: Schlei, Portlandschlei, Ffd. 2.00, Schlei, größere, Ffd. 2.40, Karpen, größere, Ffd. 2.40, Karpen, kleinere, Ffd. 1.30, Kalle, große, Ffd. 1.00-1.80, Kalle, mittel, Ffd. 1.20-1.40, Kalle, kleine, Ffd. 0.80-1.00, Hechte, mittel, Ffd. 1.10, Hechte, große, Ffd. 1.00, Barsche, Ffd. 0.50-0.80, Notaugen, große, Ffd. 0.40, Notaugen, kleine, Ffd. 0.20.
Salzwasserfische: Dorsche, lebende, Ffd. 0.35, Dorsche, irische, Ffd. 0.25, Butt, größere, Ffd. 0.80, Butt, kleinere, Ffd. 0.45, Steinbutt, lebende (Ostsee) Ffd. 1.00, Steinbutt, lebende (Nordsee) Ffd. 1.80.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte
Vorhersage für den 17. und 18. November
Weste Schwaumwind, dünnig oder neblig, vereinzelt leichte Niederschläge, Temperatur etwas steigend.

Schiffsnachrichten

Abgegangene Schiffe
15. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.
16. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.
Abgegangene Schiffe
15. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Abgegangene Schiffe
16. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Abgegangene Schiffe
17. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Abgegangene Schiffe
18. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Abgegangene Schiffe
19. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Abgegangene Schiffe
20. November
D. Sankt Jürgen ist am 14. November, 22 Uhr von Neufahrwasser nach Riga abgegangen.

Amlicher Teil

Lübecker Straßenbahn

Fahrplanänderung am Sonntag, den 20. November 1927
Linie 1 die 10-Min.-Wagenfolge beginnt bereits: 8.10 ab Rockstraße, 8.45 ab Kayeb. Allee
Linie 2 die 10-Min.-Wagenfolge beginnt bereits: 8.45 ab Kranenhaus, 9.12 ab Sandberg
Linie 9 die 10-Min.-Wagenfolge beginnt bereits: 12.41 ab Markt, 13.07 ab Moisling
Linie 10 die 20-Min.-Wagenfolge beginnt bereits: 8.12 ab Rockstraße, 8.47 ab Vorwerker Friedhof bis 9.27, sodann ab 9.50
Sonderlinie B verkehrt zwischen Israelsdorfer Allee und Vorwerker Friedhof alle 20 Minuten ab Sandberg 9.20, ab Vorwerker Friedhof 10.06
Außerdem nach Bedarf Sonderwagen nach und von Vorwerker Friedhof ab Bedergrube (Stadtheater) und Bahnhof.
Lübeck, den 17. November 1927.
Städtische Betriebe

Bekanntmachung

Als Vertrauensmänner und Erasmänner für die Angestelltenversicherung sind gewählt worden
I. Aus den Arbeitgebern:
Vertrauensmänner:
Syndikus Dr. Hermann Schmitt, Lübeck, Breite Straße 10,
Kaufmann Hermann G. Stollersfoth, Lübeck, Wakenitzstraße 40,
Kaufmann Bruno Dargel, Lübeck, Holstenstraße 16,
Erste Erasmänner:
Direktor Ed. Wihl Straus, Lübeck, Schönbödeners Straße 57,
Domänenpächter Arthur Rose, Niendorf i. Lübsch, Geschäftsführer Otto Boland, Lübeck, Große Allee 21.
Zweite Erasmänner:
Generalagent Adolf Christmann, Lübeck, Fleischhauerstraße 46,
Kaufmann Julius Eiseben, Lübeck, Braunstr. 30,
Domänenpächter Willy Diesner, Rikerau.
II. Aus den versicherten Angestellten:
Vertrauensmänner:
Betriebsbuchhalter Karl Schleichert, Lübeck, Moislinger Allee 90,
Rechnungsführer Willy Jehlandt, Lübeck, Sumboldstraße 3a,
Geschäftsführer Hans vom Hoff, Lübeck, Fleischhauerstraße 53.
Erste Erasmänner:
Abteilungsleiter Ernst W. Fied, Lübeck, Brodesstraße 54,
Bankbeamter Konrad Pauels, Lübeck, Altendornstraße 1,
Gewerkschaftsbeamtin Frieda Knels, Lübeck, Bedergrube 78.
Zweite Erasmänner:
Obermeister Ernst Gornig, Lübeck, Schwartzauer Allee 46,
Geschäftsführer Wilhelm Schäfer, Lübeck, Mengstraße 34,
Kaufm. Angestellte Ella Spehmann, Lübeck, Hanfsstraße 53.
Lübeck, den 15. November 1927.
Timme, Wahlleiter.

AUF Teilzahlung

werden Sie bei uns so bedient, daß Sie jederzeit mit Freude an den Einkauf denken werden.
Der gute Ruf unserer Firma, strengste Rostigkeit und entgegenkommende Zahlungsweise. (11907)
die große Warenschau, wirken überzeugend. Wir empfehlen:

Möbel, Herren- und Damen-Bekleidung, Betten, Polster-Waren, Gardinen, Schuhe, Wäsche, Federbetten Chaiselongues 1/4 Anzahlung, Rest bis 12 Raten. Steppdecken

7. Verkaufsstelle der Fa. Uhrenhaus Opitz
Standuhr Eiche Anz. von 30.- mit herrl. Doppeltg.-Bim.-Bam. Ratenzahlung wöchentlich 4.-
Standuhr Eiche Anz. von 45.- Orig. 1/4 Westminster. Ratenzahlung wöchentlich 5.-

Siegfried Stmann
Breite Str. 33, I

7. Verkaufsstelle der Fa. Uhrenhaus Opitz
Herren-Taschenuhr Anz. von 6.- 15 St. Anker, solid. N.-Gehäuse Ratenzahlung wöchentlich 2.-
Damenarmbanduhr Anz. von 6.- Silber, 800, Zyl., Schw. Werk Ratenzahlung wöchentlich 2.-

Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten
Die Sprechstunden finden des Bußtags halber nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag statt.
Lübeck, den 15. Nov. 1927
Das Gesundheitsamt

Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Hofes Rikerau erloschen ist, werden die unter dem 20. Oktober 1927 angeordneten Sperremaßnahmen aufgehoben.
Lübeck, den 17. November 1927.
Das Gesundheitsamt.

Am 18. November 1927, vorm. 9 Uhr, wird der Kapitän vom Motorschiff „Amice“ wegen seiner Reize von Billau nach Memel und weiter nach Lübeck im Gerichtshaus, Große Burgstr. 4, Zimmer Nr. 9 Verklarung ablegen.
Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Für die vielen Klug- und dankbaren u. Glückwünsche anlässlich unserer Vermählung danken herzlich W. Mulack u. Frau geb. Bötcher
Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich A. Rönfeldt und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen und grünen Hochzeit, insbesondere der Reichsbannerkapelle für ihre freundliche Aufmerksamkeit danken
H. Holst und Frau
W. Boller und Frau geb. Holst

Büßlich und unerwartet entschleifte ich infolge Herzschlag meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Betty Borgwaldt
geb. Marfens
im 58. Lebensjahre
Tief betrauert und schmerzlich vermisst
Emil Borgwaldt
und Angehörige
Lübeck, den 16. November 1927
Glockengießerstraße 7
Beerdigung Sonnabend, den 19. November 11 1/2 Uhr, Kapelle Burgtor.

Möbl. Zimmer zu verm. 6321 Ziegelstr. 28 d. II.
Sofatisch zu verkaufen. 6114 Augustenstr. 14 a. II.
Spielautomat (mahag.) mit 30 Platten billig zu verk. Friedenstr. 32 dt. 6124
Guterh. Puppenwagen gesucht. Angeb. u. L 380 a. d. Exped. d. Bl. 6119
Ca. 350 Ffd. schweres Schlachthaus zu verk. Sch w a r t a u, Raltenhöferstr. 43.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

Familienleiter halber ist mein Geschäft am Sonnabend nachmittag, den 19. Novbr., geschlossen.
Gottfried Stamer
Genin.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Standuhren
Salonuhren
Rahmenuhren
Zirkel- und Weckeruhren
Kassenuhren
mit nur erstklassigen Werken und Gehäusen
Aug. Büttner
Uhrmachermeister
32 Hügelstraße 32
Bestenfallsigen Sie zwanglos mein Lager
Wagon Pa. Nessel verschiedene Sorten, Ffd. von 15-25 g, Birnen Ffd. 15 g, Netz, täglich, Untertrave 106, b. d. Holstenbrücke, Nappau. 6120

Wäsche z. wach. gef. Ang. unter L 379 an d. Exped.
0115
Klappsportwagen z. verk. 0116
Zolephinenstr. 17, I.

Dr. Freudenberg
zurück
Breitentabak
in allen Preislagen
C. Wittfoot
Ob. Huxstr. 18

Tanzkontroller
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46